

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 158

SONNTAG, 21. Juni 1936

Aus dem Inhalt:

Eigentumsrecht und Sozialismus  
Neue Woge der Unzufriedenheit  
Die neue russische Verfassung  
Deutsche Wirtschaft in Zitate

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Der braune Imperialismus stößt vor

## Schachts Handelsfeldzug auf dem Balkan

Der neudeutsche Imperialismus hat einen mächtigen Vorstoß in der Richtung der wilhelmischen Außenpolitik unternommen. Die deutsche Balkan- und Vorderasienpolitik hat wieder begonnen, und Schacht selbst hat sich bemüht, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Deutschlands im Südosten zu verankern und Hitlerdeutschland in den Donau- und Balkanländern eine starke handelspolitische Situation zu verschaffen. Er hat dabei relative Erfolge erzielt, die sowohl in Italien als auch in England alarmierend gewirkt haben. Es ist ihm gelungen, sich die Schwächung des italienischen Einflusses durch die Sanktionspolitik zunutze zu machen, so daß Hitlerdeutschland heute als übermächtiger Konkurrent Italien auf dem Balkan entgegentritt und den italienischen Expansionsplänen einen Querschnitt vorschleift.

Obwohl dieser Vorstoß Schachts nicht zum wenigsten aus der Not der deutschen Ernährungswirtschaft geboren ist, die ein beträchtliches Defizit aufweist, so verfolgt er dennoch viel weitergehende Ziele als nur die Lösung einer Verlegenheit. Er ist die Konsequenz aus der Methode der Außenhandelspolitik des Dritten Reiches überhaupt, deren politische Gefährlichkeit jetzt offen zutage tritt.

Im deutschen Außenhandelsmonopol sind wie in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik überhaupt finanzielle, wirtschaftliche und politische Zwecke unauflöslich ineinander verflochten. Das Monopol ist nach Erschöpfung des deutschen Goldbestandes nötig geworden, um die Einfuhr auf jenes Maß zu beschränken, das der Erlös für die Ausfuhr gestattet. Zugleich aber hat es eine Neuverteilung der Einfuhr im doppelten Sinn herbeizuführen gestattet. Einmal wurde die Einfuhr aller anderen Waren zugunsten der von Kriegsrohstoffen radikal umgestaltet. Zugleich fand eine Aenderung in der territorialen Verteilung statt; die Einfuhr aus bestimmten Ländern wurde systematisch eingeschränkt, die anderer Länder gefördert. Der finanzielle Sinn war der, den Einfuhrüberschuß der Gläubigerländer zu vermindern oder womöglich ganz zum Verschwinden zu bringen, um so die Länder des Mittels zu berauben, einen Teil der Zahlungen, die sie für die aus Deutschland eingeführten Waren zu leisten hatten, für die Befriedigung der Gläubiger zu verwenden. Dieses Ziel wurde auch im großen Umfang erreicht, und das hat Schacht die Durchführung seines Zwangsmoratoriums, der fortschreitenden Einstellung der Zinszahlungen, erheblich erleichtert. Eben hat Schacht ohne neue Verhandlungen das Transformatormoratorium, das am 30. Juni abläuft, auf ein halbes Jahr verlängert, während früher die Regelung für ein Jahr getroffen war. Aber Schacht hofft dann so weit zu sein, um den Gläubigern neue Bedingungen, insbesondere eine weitere Herabsetzung der Zinsen, diktieren zu können. Schon bisher hatte Schacht die Zahlungen von den vertraglich vorgesehenen 600 Millionen RM auf 300 Millionen im Vorjahr und auf 250 Millionen im laufenden Jahr vermindern können — eine Ersparnis, die er im vollen Maß zur Steigerung der Kriegsstoffeinfuhr verwenden konnte, die eben in diesem Umfang die ausländischen Gläubiger bezahlen müssen.

Die territoriale Verlagerung dient aber auch einem anderen Ziel. Die Herstellung und Ausdehnung wirtschaftlicher Beziehungen ist zugleich auch ein wichtiges

Mittel, den politischen Einfluß auf die Länder zu steigern, die man wirtschaftlich stärker durchdrungen hat. Wenn die deutsche Handelspolitik sich bemüht, z. B. die ungarische Wirtschaft dazu zu bewegen, einen Teil der Weizenfläche künftig mit Ölfrüchten und anderen Deutschland fehlenden Pflanzen zu bestellen, deren Absatz es garantiert, so ist das nicht nur eine willkommene Ergänzung der deutschen Autarkiebestrebungen, sondern bringt die ungarische Wirtschaft auch in wachsende Abhängigkeit vor der deutschen Wirtschaftspolitik überhaupt. Zugleich eröffnet sie die Aussicht, diese für Deutschland notwendige Agrareinfuhr mit deutschen Fertigwaren zu bezahlen, die die Ungarn, da sie eine andere Zahlung nicht erhalten können, zu den erhöhten deutschen Preisen sich anrechnen lassen müssen.

Es ist nun bezeichnend und für die Ziele der deutschen Außenpolitik überaus aufschlußreich, daß Schacht sein Außenmonopol im letzten Jahre gerade in der Richtung der wirtschaftlichen Durchdringung der Staaten Zentral- und Südosteuropas mit besonderer Wucht eingesetzt und in der Tat die Einfuhr von Agrarprodukten und Rohmaterialien aus diesen Ländern unverhältnismäßig gesteigert hat. Die freiwillige Aufnahmefähigkeit dieser armen Länder für deutsche industrielle Produkte hat sich als weit geringer erwiesen als Schacht erwartet hatte. Schacht konnte einen erheblichen Teil der Einfuhr angesichts der deutschen Devisenlage einfach nicht bezahlen, die Guthaben sind eingefroren und diese Länder sind sehr gegen ihren Willen zu Gläubigern Deutschlands geworden. Wollen sie diese Guthaben realisieren, so müssen sie eben deutsche Industrieprodukte nehmen, die 30—40 Prozent mehr kosten als die entsprechenden britischen, französischen oder tschechischen Waren.

Deutschland schuldet augenblicklich

Ungarn und Jugoslawien je 25 Millionen RM; Rumänien hat erhebliche Forderungen für Petroleumlieferungen; Griechenlands Anspruch beträgt über 40 Millionen RM. In völlige wirtschaftliche Abhängigkeit droht Bulgarien zu geraten; 1932 nahm Deutschland 26 Prozent des gesamten bulgarischen Exports auf, 1935 aber bereits 48 Prozent, und in diesem Jahre dürfte der deutsche Anteil 60 Prozent betragen. Die deutschen Zahlungsschwierigkeiten, die Schacht diesmal, da sie seinen politischen Absichten zuwiderlaufen, ausnahmsweise recht unangenehm sind, die er aber bei der immer schwieriger werdenden Devisenlage offenbar nicht überwinden kann, haben nun in Zentral- und Südosteuropa heftige Kritiken an der deutschen Praxis der ökonomischen Expropriation zu politischen Zwecken ausgelöst. Die Kleine Entente und der Balkanbund suchen auf ihren Konferenzen engere wirtschaftliche Beziehungen unter ihren Teilnehmern herzustellen, um namentlich die wirtschaftliche Durchdringung Jugoslawiens durch Deutschland zu hemmen.

Aber die wirtschaftlichen Nöte der kleineren Staaten gestatten ihnen nicht, die von Hitlerdeutschland geschuldeten Beträge abzuschreiben, und das ist die Waffe, von der Schacht Gebrauch gemacht hat. Es sind ihm, — trotz des Widerstandes der Außenminister — und trotz aller politischen Bedenken in den betreffenden Ländern — sehr erhebliche Vorbereitungen zur wirtschaftlichen Durchdringung Jugoslawiens geglückt. Jugoslawien hat Aufträge vor allem an die deutsche Schwerindustrie gegeben, die die Clearing-spitze beseitigen, Hitlerdeutschland hat für die Zukunft angeboten, einen sehr erheblichen Teil des exportfähigen Ueberschusses der jugoslawischen Agrarproduktion zu übernehmen und dafür in deutschen Industriewaren und Waffen zu zahlen.

Was eine derartige Neugestaltung der deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen politisch bedeutet, geht aus der Tat-

sache hervor, daß während des Besuches Schachts in Belgrad der jugoslawische Finanzminister eine Verordnung veröffentlicht hat, die Importe aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Holland und anderen Nicht-Clearingländern drosselt, während der Handel mit Deutschland ermutigt wird. Diese Tatsache hat zusammen mit den Reden Schachts, daß der Handelsfreundschaft die politische Freundschaft nachfolgen werde, sehr alarmierend gewirkt. Die „Times“ läßt sich aus Wien berichten:

„Jugoslawien, so glaubt man hier, kommt nun endgültig unter die wirtschaftlichen Fittiche von Deutschland, und die wichtigste Stelle in der Erklärung Schachts ist jene, in der er andeutet, daß diese Entwicklung zu politischer Freundschaft führen werde. Dies ist ohne Frage das Motiv des deutschen Handelsfeldzuges in Mittel- und Südosteuropa: diese kleinen Länder in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu bringen, die schließlich den Weg zu politischer Abhängigkeit öffnen wird.“

Die deutsche Balkan- und Vorderasienpolitik ist wieder eröffnet, wichtige imperialistische Gegensätze zu Italien und England werden sichtbar. Für die Bilanz der deutschen Volkswirtschaft und speziell für die deutsche Devisenbilanz bedeuten die Ergebnisse des Schachts Handelsfeldzuges keine Erleichterung, die unmittelbar ins Gewicht fiel. Unter diesem Gesichtspunkt sind sie lediglich die Ueberbrückung einer örtlichen und zeitlichen Verlegenheit, die an den Dimensionen des großen Defizits nichts Wesentliches ändert. Unter allgemein-politischem Gesichtspunkt aber zeigen sie, auf welche Weise Hitlerdeutschland sich die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft wieder zu erobern gedankt und wie es systematisch neue große imperialistische Konflikte vorbereitet, bei denen die kleineren Staaten nach seinem Willen bloße Ausbeutungsobjekte sein sollen.

## Neue Woge der Unzufriedenheit

Dr. Robert Ley, Präsident der Deutschen Arbeitsfront, schiebt sich zu einer großen sechswöchigen Deutschlandfahrt an. In Massenkundgebungen innerhalb und außerhalb der Betriebe soll das sinkende Vertrauen der Arbeiter belebt werden, denn die nationale Begeisterung ist wieder einmal dahin. Der Rausch des 7. März hat, schon wegen der dann folgenden außenpolitischen Spannung, etwas länger angehalten als etwa der Saarsieg, und auch die ungeheure Wahlpropaganda hat ja noch wochenlang nachgeholfen, aber dieses ganze Feuerwerk ist nun längst verrauch. Geblieben ist eine sehr geringe Meinung von gewissen außenpolitischen Methoden europäischer Demokratien und eine an Verachtung grenzende Beurteilung nur- und überpazifistischer Bekehrungsversuche an Hitler, aber gesprochen wird längst wieder vorwiegend über die Zustände in Deutschland, die mehr und mehr Arbeiterschichten in tiefe Not stoßen. Die Illusionen, auch die auf Hilfe von draußen, verfliegen, und das Denken nimmt zu. Daran werden die Predigten Leys auch nichts ändern können. Es sind nicht die schlechtesten Beobachter, die sich und uns sagen, Hitler müsse unbedingt bald wieder irgend

einen großen Theatercoup veranstalten, wenn er die Volksmassen ablenken wolle. Viele halten diese periodisch wiederkehrenden Riesenbluffs für eine so wohlberechnete Regierungsmethode des Systems, daß sie sich Hitler und seine Bandenführer ohne eine außen- oder innenpolitische Raserei nach einer stilleren Zeit von einigen Monaten gar nicht mehr vorstellen können. Man fragt sich dabei, wie lange noch die Effekte gehäuft und gesteigert werden, bis die ungeheure Volksmehrheit erkannt, was jetzt schon viele wissen und noch mehr ahnen: daß diese Diktatur, die größte Begaunerung eines Volkes ist, die es je in der Geschichte gab.

### Unterdrückter Katholizismus

Man schreibt uns aus Bayern:

Neben der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Nazipolitik, das immerwährende Sammeln, das Auftreten der Bonzen, macht sich im katholischen Landesteil immer mehr die Auffassung breit, daß den Katholiken die schwersten Auseinandersetzungen mit dem System nicht erspart bleiben. Man ist aber nicht etwa kampfes-

freudig, sondern eher in einer Stimmung, die man in die Worte kleiden kann: »Was wird uns noch bevorstehen?« Die Kirchenbesuche nehmen immer noch zu, da immer mehr Leute in die Kirche gehen, denen das sonst völlig nebensächlich war. Bei den Gläubigen kommt darin zum Ausdruck, daß man sich um den Pfarrer, um den »Geistlichen Herrn« auffallend sammeln müssen, bei den weniger Gläubigen die Neugierde, ob der Pfarrer nicht etwas in der Predigt sage, was man als versteckten Tadel des Systems betrachten könnte. Kommen aber in einen Ort Missionspater, dann ist somasagen alles auf den Beinen, weil man erwartet, daß diese deutlicher sagen werden, was das Volk bedrückt, als es der Ortgeistliche tut.

Eine solche Volksmission hat in den Oberpfälzer Städtchen Parsberg vor etwa drei Wochen die Form einer Volksdemonstration angenommen. Denn nicht das allein war das Charakteristische, daß aus Parsberg und der näheren Umgebung rund 1800 Personen zur Beichte kamen, daß am Schlußtag der Mission die Kirche erdrückend überfüllt und draußen vor der Kirche noch mehr Leute als drinnen standen, daß an der Schlußprozession sich mehr als 3000 Personen

# Sowjetrußland auf dem Wege zur Demokratie?

## Die Bedeutung des neuen Verfassungsvorschlages

beteiligten, nein, das völlig Nese war, daß im Rahmen dieser Mission eine Segnung der Fahrzeuge stattfand. »Der Hof des Krankenhauses war überfüllt mit Kraftwagen, Motorrädern und Fahrrädern, die den Segen der Kirche empfangen.« — berichtet kurz die »Bayrische Volkswacht« vom 20. Mai. Auf Anweisung des NSKK ist diese Segnung der Fahrzeuge bestimmt nicht erfolgt, man kann sie eher als Demonstration gegen die Art, wie die NSDAP alle Kraftfahrzeugführer erfaßt, betrachten.

Die Beteiligung der Bevölkerung an den Fronleichnamprozessionen war in diesem Jahre durchwegs noch stärker als früher, obwohl man eine Steigerung der Teilnehmerzahl kaum mehr für möglich hielt. Durch verschiedene Anordnungen der Nazis, bzw. der Staatsregierung zu dieser Fronleichnamprozession, nahm dieser religiöse Akt die Form einer politischen Demonstration an und in diesem Sinne haben alle Anbänger, denen sonst die Fronleichnamprozession Nebensache wäre, daran teilgenommen.

Früher haben am Fronleichnamstage viele Hausbesitzer die katholische Kirchenfahne (weißgelb) gehißt. Das wurde in diesem Jahre verboten. Früher hatten am Fronleichnamstage im ganzen katholischen Gebiet Bayerns die öffentlichen Gebäude geflaggt, das wurde in diesem Jahre untersagt. Es wurde auch verboten, daß Bewohner dieser Gebäude, also Staatsbeamten, etwa ihre Wohnung nach außen sichtbar mit Grün oder Blumen schmückten.

In München war die weißgelbe Beflaggung am Fronleichnamstage ebenso stark wie in den früheren Jahren. Bei der Durchführung der Entfernung der Kirchenflagge kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit der Landespolizei, die in manchen Fällen erst Verstärkung heranziehen mußte, um die Entfernung der Fahnen durchzusetzen.

Die Wirkung auf die katholische Bevölkerung in Bayern kann man sich nur dann ungefähr vorstellen, wenn man weiß, welche Rolle der Fronleichnamstag als höchster katholischer Festtag im Rahmen des katholischen Kultus spielt, und wie seine festlich-feierliche Gestaltung von der katholischen Bevölkerung mit wahrer Inbrunst begünstigt wird. In der Weimarer Zeit haben die Katholiken auch hierin vollkommenste Freiheit gehabt, und doch haben manche Katholiken in München geklagt, daß der Fronleichnamstag nicht mehr so feierlich sei wie früher, da der ganze königliche Hof in der Prozessionsmitting und das Militär zur Teilnahme an der Prozession ausgetrickelt war. Und nun dürfen die Schulkinde nicht einmal mehr mitgehen, die katholische Kirchenfahne darf nicht mehr gehißt werden!

## Die Zerstörung des Völkerbundes

Die englische Regierung hat sich entschlossen, den Weg der Sanktionspolitik zu verlassen. Sie wird damit eine ernste Krise im politischen Leben Englands eröffnen. Es ist völlig ungewiß, ob sie bei dieser Kursänderung die Mehrheit des englischen Volkes hinter sich haben wird. Die Stärke der Anhänger der Sanktionspolitik zwingt die Regierung Baldwin zum Kampfe für ihren neuen Kurs, und ihr Wortführer Neville Chamberlain hat den Kampf mit Beschimpfungen der Sanktionsanhänger begonnen, die Zeugnis von der Stärke der Spannungen ablegen.

Mit dieser Schwenkung der englischen Politik stürzt der Völkerbund in eine tödliche Krise. Unverhohlen gibt die englische Regierung zu, daß sie den Artikel 16 des Völkerbundespaktes, den Sanktionsartikel, zu revidieren wünsche. Das ist genau das, was Hitler und Mussolini gefordert haben. Es würde auf eine neue Kapitulation vor den Rechtsbrechern und Kriegsvorbereitern hinauslaufen. Es würde die Niederlage der Idee der kollektiven Sicherheit besiegeln. Und was dann?

Die englische Regierung wird sich nach wie vor als die treueste Anhängerin des Völkerbundes bezeichnen und wird nach wie vor erklären, daß sie ihre internationalen Beziehungen nur durch den Völkerbund und im Rahmen des Völkerbundes regeln werde. Aber es ist fraglich, ob sie damit noch einmal im eigenen Lande Glauben findet. Zur Stunde, in der wir schreiben, hat sie ihre Erklärungen im Unterhaus noch nicht abgegeben, aber schon ist sichtbar, daß ein schonungsloser Kampf der Opposition gegen die Regierung einsetzen wird, der Betrug und Doppeltüchtigkeit vorgeworfen werden. Im Bewußtsein der Völker wird jedenfalls der Völkerbund nur noch ein Schattendasein führen.

Mit dem Zusammenbruch des Völkerbundes hat die Stunde der ernsten Verantwortlichkeiten geschlagen. Es hat nicht den Anschein, als ob die Leiter der englischen Politik verstanden, etwas Besseres an die Stelle

Die Regierung der Sowjetunion hat dem für November 1936 einberufenen Sowjetkongreß eine grundlegende Aenderung der äußeren Formen der Verfassung der Sowjetunion vorgeschlagen. Diese Verfassung wird nach der Annahme des Vorschlags aufhören, eine Sowjetverfassung zu sein und sie wird künftig den Formen der parlamentarischen Demokratie angepaßt sein: direkteste Beziehung zwischen Wähler und Reichsparlament, zwischen Wähler und aus dem Parlament hervorgegangener Reichsregierung. Dasselbe gilt für jede der Unionsrepubliken, sowie für die Vertretungskörperschaften der territorialen Untergliederungen der Unionsrepubliken.

Rein technisch gesehen bedeutet dies: ein schwerfälliger, verschachtelter, gänzlich unübersichtlicher Apparat wird ersetzt durch einen klareren, übersichtlicheren, moderneren Apparat. Die Verschachtelung und Verschleierung aller Verhältnisse durch vielfach indirekte Wahlen, durch ein vielstufiges Wahlrecht mit absoluter Unklarheit über die Wahlberechtigung hört auf, an die Stelle dieser Schwerfälligkeiten treten die klaren, einfachen und durchsichtigen Formen der modernen Wahldemokratie.

Diese Verfassungsänderung hat ihre ideologische Bedeutung. Es fällt damit ein Teil des Sowjetsystems, der außerhalb Rußlands, vor allem in Deutschland, eine größere propagandistische Bedeutung gehabt hat als die Lehren Lenins und seiner Nachfolger. Es fällt der Mythos von den Räten, der Glaube, daß die organisatorische Form des Räteystems die spezifische Organisationsform eines sozialistischen Staates sei, daß die Form der Räteorganisation eine Garantie für den sozialistischen Inhalt der Politik sei. Es fällt der durch den Ruf »Alle Macht den Räten!« geweckte Glaube, als ob die Räte die politische Kraft und den politischen Kampf der Arbeiterklasse ersetzen könnten. Es fällt der Glaube, daß man in den Räten ein Mittel habe, um Legislative und Exekutive zusammenzufassen, es fallen alle jenen syndikalistischen, berufsständischen Unklarheiten und Illusionen, die immer mit der Räteidee verbunden waren und über deren Gefährlichkeit im antifaschistischen Kampf kein Wort verloren zu werden braucht. Es fällt das, was nicht nur Teile der Arbeiterschaft, sondern was weiteste Kreise des nur die Oberfläche

sehenden Bürgertums als das eigentliche Wesen des Bolschewismus angesehen haben, und es weicht demokratischen Formen.

Unzweifelhaft aber weicht es nur den äußeren Formen der Demokratie. Die Räteorganisation war in der gedanklichen Konstruktion aufs engste verbunden mit der Lehre, daß nur eine führende Elite sozialistisches Bewußtsein haben könne. Aus dieser Lehre erwuchs der Monopolspruch der kommunistischen Partei auf Führung und Macht, und innerhalb der Elitepartei der Monopolspruch der Parteiführung, die von den Funktionären organisatorische und intellektuelle Unterwerfung fordert, bis letzten Endes alles reduziert ist auf das subjektive Bewußtsein eines Chefs, daß er im Interesse der Idee, der Partei, der Masse, des Volkes handle. In dieser Lehre sollte das Sowjetsystem das Instrument sein, das die Masse lehren sollte, »in der disziplinierten und zielbewußten Avantgarde des Proletariats ihre zuverlässigsten Führer zu sehen«, das, nach einem anderen Satz von Lenin, »die automatische Vereinigung aller Werktätigen und Ausgebeuteten mit dem Vortrupp des Proletariats erleichtern« sollte. Aber die Form hat weder das richtige Bewußtsein erzeugt noch die automatische Vereinigung herbeigeführt. Die Sowjets waren nach wenigen Jahren ausgebrannte Asche und von der Sowjetdiktatur blieb nur die Diktatur der kommunistischen Partei übrig, die sich immer stärker und starrer zur Diktatur der Parteiführung entwickelt hat. Und dies ist es, was hinter der Veränderung der äußeren Verfassungsform bleibt. Die kommunistische Partei verzichtet nicht auf das Monopol auf Führung und Macht, auf den Kern der Lenin-Stalinschen Doktrin, sie verzichtet so wenig auf ihren Totalitätsanspruch, daß er ausdrücklich in Artikel 126 des neuen Verfassungsvorschlags festgelegt ist:

»Entsprechend den Interessen der Werktätigen und zur Förderung der Entwicklung der organisatorischen Selbständigkeit und politischen Aktivität der Volksmassen wird dem Staatsbürger das Recht auf Vereinigung in gesellschaftlichen Organisationen: Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen, Sport- und Wehr-Organisationen, technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Gesellschaften gesichert; die aktivsten

und bewußtesten Staatsbürger aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen vereinigen sich in der kommunistischen Partei der UdSSR, die die Vorhut der Werktätigen in ihrem Kampfe für die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems ist, und den führenden Kern sämtlicher Organisationen der Werktätigen, sowohl der gesellschaftlichen als der staatlichen darstellt.«

Es gibt keine zweite Partei, geschweige denn eine Vielheit von Parteien. Die kommunistische Partei stellt die Kandidaten zu den Wahlen auf, die kommunistische Partei führt die Wahlpropaganda, die kommunistische Partei besitzt die Freiheit des Wortes und der Presse und der Versammlung, und niemand sonst außer ihr! Es wird nur Parlamente nach ihrem Willen geben und jeder Abgeordneter wird politisch und intellektuell dem Willen der Parteiführung unterworfen sein — und das gleiche gilt für die Regierung. Sie gewinnt eine Vereinfachung des propagandistischen Weges zum Einzelnen, sie gewinnt die Möglichkeiten der Beeinflussung des Volkes, die eine allgemeine Wahlpropaganda einer Monopolpartei gibt. Aber was gewinnt der Einzelne? Er gewinnt das Recht, zu den Monopolkandidaten »nein« zu sagen — ein Recht, dessen illusorischer Wert die Erfahrungen mit allen plebiszitären Demokratien, und vor allem mit den allermodernsten, bewiesen haben. So ergibt sich die Verbindung einer totalitären Diktatur mit den äußeren Formen der Demokratie, eine Verbindung, die eine Verbeugung vor der demokratischen Idee in sich schließt, deren lebendige Macht selbst totalitäre Diktaturen anerkennen müssen. Diese Verfassungsänderung wird die Bündnisfähigkeit der Sowjetunion verstärken, sie wird die politische Zusammenarbeit mit demokratischen Ländern zum Schutze des Friedens und zur Bekämpfung des Faschismus erleichtern.

Wird aber die Frage gestellt, ob diese Verfassungsänderung ein erster Schritt zur wirklichen Demokratie sein soll, so muß festgestellt werden, daß wirkliche Demokratie und die Doktrin des Stalinismus-Leninismus miteinander nicht vereinbar sind. Die tiefgehenden idealen Unterschiede zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Stalinismus-Leninismus sind jedenfalls durch diesen Verfassungsvorschlag nicht beseitigt.

des Völkerbundes zu setzen, für dessen Zerstörung sie ein gerütteltes Maß von Verantwortung tragen. An die Stelle des Völkerbundes wird die Bündnispolitik der Großmächte treten, sei es offen, sei es unter der Hülle von Regionalpakten, eine Aufteilung Europas in Interessensphären der Großmächte.

Aber, was wird aus der Sicherheit der kleineren Staaten?

## Justiz-Demagogie

Primadonna Göbbels als Sachver- und Geständiger.

Wer Prozessberichte der deutschen Presse zu lesen versteht, der wußte längst, daß etwas im Gange war. Die Propaganda-Methode des Dritten Reichs ist überall gleich: Millionen miserabel entlohnter Arbeiter werden geblendet, indem plötzlich mit großem Trara irgend ein kleiner Kraxler von Fabrikant ins KZ (auf 24 Stunden) überführt wird. — Eine unmenschliche Justiz läßt Woche für Woche hunderte von oppositionellen Arbeitern in die Kerker des Dritten Reichs wandern. Aber dann kommt plötzlich groß aufgemacht ein — ein einziger — Prozeß, der beweisen soll: Wir sind auch gegen die andere Seite scharf.

Schon seit Tagen trommelte die Nazi-Presse dumpf gegen den Berliner Einatz-Prozeß, in dem die schuldigen Bauleiter wegen des Untergrundbahn-Unglücks auf der Andagebank sitzen. Die »Westfälische Landeszeitung« z. B. ließ ihren Berliner Korrespondenten gegen die »feinen Herren« auf der Andagebank hetzen, sie protestierte gegen das »Privatkapital in Front« und gegen die »liberalistischen Methoden« der Verteidiger, die durch ihre Fragestellung die schlichten Arbeiterzeugen verwirrten und einschüchterten. Wir hätten uns kaum gewundert, wenn das Wort »Klassenjustiz« in diesen Berichten plötzlich aufgetaucht wäre.

Dann — durch ein abgekartetes Manöver — fiel plötzlich aus dem Munde eines Zeugen der Name »Göbbels« und — hui! —

stand der Minister schon am Zeugentisch, um auszupacken, wie er natürlich das ganze Unheil schon längst vorher habe kommen sehen, wie er immerfort davor gewarnt habe, ohne — seitdem bei solcher Machtfülle — es auch nur im Geringsten zu verhindern. Freilich enthüllen sich sehr rasch die Gründe für den Feuereifer des Ministers: in seiner eigenen Wohnung mußte er tiefe Einrisse in den Wänden feststellen, — als Folge der überhasteten Budelei! — gewiß, wenn die eigene Bude wackelt...

Natürlich singt Göbbels ein langes Loblied seiner selbst, nicht nur seiner weisen Voraussicht vor dem Unglück, sondern auch seiner geraden Unparteilichkeit hinterher: Wie er gegen die einmütige Petition der Arbeiter, die sich für die Angeklagten einsetzen (!!), sich geweigert habe, für die Enthaltung der Bauleiter einzutreten. Aber in diesem Selbstlob entringt sich dem Geschwätzigsten unvorwähens ein Geständnis. Der Zeuge Göbbels sagt:

»So wenig die nationalsozialistische Regierung augenblicklich in der Lage ist, das soziale Los des deutschen Arbeiters wesentlich zu bessern, — so sehr muß sie auf der andern Seite bestrebt sein, dem Arbeiter, so weit das überhaupt möglich ist, Sicherheit bei seiner Arbeit zu geben.«

Für dieses Geständnis finden wir, hat sich die Zeugenvernehmung schon wirklich gelohnt. M.

## Dies Bildnis ist bezaubernd schön...

Ueber das »Bildnis Léon Blums« schwabbelte der Renegat Friedrich Sieburg in der »Frankfurter Zeitung«, jeder Zoll ein Blum-Verehrer! — Das Propaganda-Ministerium hat Anweisung gegeben, das Ministerium Blum sanft zu streicheln, — sollte sich nicht mit den Kriegsgegnern der Linken ein Verständigungs-Geschäftchen mit doppeltem Boden tätigen lassen? Sieburg pariert Ordre,

Und siehe — da kann man in einem deutschen, gleichgeschalteten Blatte plötzlich Dinge lesen wie die:

»Léon Blum ist vor allem eine kritische Begabung, und es ist gewiß kein Zufall, daß er sich als Theaterkritiker und Deuter eines der größten französischen Analytiker, nämlich Stendhals, bekanntgemacht hat. Er entstammt einer großbürgerlichen Familie Pariser Kaufleute und gehört der jüdischen Elite dieser Stadt an. Nie hat er versucht, diesen Ursprung zu verschweigen. Im Gegenteil, er ist heute noch stolz auf ihn und sieht in seiner Zugehörigkeit zum Judentum eine Garantie für die Leidenschaftlichkeit und das Gerechtigkeitsgefühl; das auch seine schärfsten Gegner ihm niemals abgesprochen haben.

Das politische Leben Frankreichs ist überreich an starken Persönlichkeiten. Léon Blum ist zweifellos eine der glänzendsten. Seine hohe Intelligenz ist dabei nicht einmal so entscheidend wie sein Gleichgewicht, sein Maß und die Form seines Denkens und Ausdrucks. Der Franzose verleiht einem Gedanken vieles, wenn er nur eine edle Gestalt hat. Léon Blum hat dem Parlament oft Dinge gesagt, die dieses nie hingenommen hätte, wenn es sich nicht vor der Vollendung des Ausdrucks gebeugt hätte. Niemals hat Léon Blum einen Gegner verletzt und gedemütigt.«

... Wie Hitler, so ergänzt man unwillkürlich.

Und nota bene — das hat Sieburg zu sagen vergessen: dieser gepriesene Mann würde, wenn er in Deutschland eine Deutsche heiraten wollte, wegen Rassenschande mit Zuchthaus bestraft werden! M.

## Nur wer die Sehnsucht kennt...

»Die Krönung aber, die nicht lehr- oder lernbar ist: Der Betriebsführer muß selbst das Vorbild, er muß die personifizierte Sehnsucht der Gefolgschaft sein.«

(Prof. Dr. Arnold, Leiter des Amtes für Berufserziehung in der DAF, vor der Fachgruppe Technik des N. S. Deutschen Studentenbundes, Westf. Landesztg. Nr. 140.)

# Das neue Frankreich

Innerpolitische Erfolge — außenpolitische Aufgaben.

Ein paar Tage Volksfrontregierung unter Léon Blums Führung haben genügt, um Frankreich zu dem Rang zu erheben, den Deutschland unter der zweiten Regierung Hermann Müller für sich beanspruchen konnte: der Rang des sozial fortgeschrittensten Landes der Welt. Die Gesetze über die Vierzigstundenwoche, die Anerkennung der Gewerkschaften, den bezahlten Arbeiterurlaub, die Wiederherstellung der alten durch die Regierung Laval gekürzten Rentenbezüge sind von der neuen Kammer im Eiltempo beschlossen worden. Auch die Reform der Bank von Frankreich, ihre Unterstellung unter den ausschlaggebenden Einfluß des Staates wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Als schwerste der zu lösenden Aufgaben steht die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie bevor.

Die Mehrheiten, mit denen die sozialen Gesetze in der Kammer angenommen wurden, waren überraschend groß, viel größer als die ohnehin stättliche Regierungsmehrheit, die bei der ersten Vertrauensabstimmung in Erscheinung trat. Teilweise grenzen sie an Einstimmigkeit. Es zeigt sich, daß parlamentarische System, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen kein Hindernis für eine rasche Erledigung der Staatengeschäfte sind, wenn das Volk von seinem Wahlrecht den richtigen Gebrauch macht und wenn eine zielbewußte Führung vorhanden ist.

So sind die Ereignisse der letzten Zeit wohl geeignet, das Ansehen Frankreichs bei den breiten Volksmassen in der ganzen Welt, besonders in den Ländern der faschistischen Unterdrückung zu erhöhen. Mit verbesserten Aussichten auf Erfolg kann die französische Außenpolitik versuchen, die Führung auf dem Kontinent an sich zu bringen und das Terrain zurückzugewinnen, das durch die Fehler der früheren Regierungen verloren gegangen ist.

## Mut zur Verantwortung

Die neue belgische Regierung.

Nach langen Schwierigkeiten, inmitten einer um sich greifenden Streikbewegung ist die neue belgische Regierung zustande gekommen, eine neue Regierung von Zeeland mit sechs statt bisher vier sozialdemokratischen Ministern. Auch das wichtige Außenamt, das von van Zeeland bisher mitverwaltet wurde, ist von einem Sozialisten, dem Genossen Spaak, übernommen worden. Die Regierungsbildung war das Ergebnis eines zähen Ringens um die künftige Politik. Während van Zeeland auf eine Reform und Rationalisierung des Parlaments das Hauptgewicht legte, forderten die Sozialisten einschneidende ökonomische Maßnahmen, Kampf gegen die Beamtenherrschaft, Vierzigstundenwoche, Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr und Alterspension für die mehr als Sechzigjährigen.

Das Resultat konnte nur ein Kompromiß sein, das durch die Stärke der inneren Spannungen bedroht ist. Alle drei Regierungsparteien bilden zusammen noch eine übergroße Mehrheit, jede einzelne aber für sich steht unter dem Eindruck der bei den Wahlen erlittenen Verluste und fürchtet, durch zu große Nachgiebigkeit gegenüber den anderen Koalitionsparteien noch größere Einbuße zu erleiden. Die Sozialisten aber, die seit dem Reziteneinbruch in den Katholizismus die bei weitem stärkste Partei geworden sind, konnten trotz alledem ihre Mitwirkung nicht versagen, wenn sie nicht die Fundamente der parlamentarischen Demokratie in die Luft sprengen wollten. Sie befinden sich in einer Lage, die in manchem an die der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit Brüning erinnert. Aber Belgien ist ein Land der gefestigten Parlamentsdemokratie. Das belgische Volk hat für parlamentarische Notwendigkeiten mehr Verständnis als das deutsche.

## Roosevelt oder Landon?

Der Kampf um die Präsidentschaft.

Nachdem der Parteitag der Republikaner den Gouverneur von Kansas, Landon, zum Kandidaten für die Präsidentschaft bestimmt hat, wird im Herbst — wenn nicht irgendwas ganz Unvorhergesehenes eintritt — Roosevelt gegen Landon zum Präsidenten wiedergewählt werden. Denn darüber, daß die Demokraten auf ihrem Kongreß zu Ende dieses Monats Roosevelt wieder aufstellen werden, besteht ebensowenig Zweifel wie darüber, daß seine Aussichten ausgezeichnet sind.

Landon verdankt sein Ansehen in republikanischen Kreisen dem Umstand, daß es ihm

# Deutsche Streiflichter

## Es war doch viel!

In langen Riemchen hat die deutsche Nazi-pressen über »Frankreich im Streikfeber« berichtet. Die Freude über Frankreichs innere Schwierigkeiten schien die Reporter und die Redakteure nicht daran denken zu lassen, daß diese ausführlichen Meldungen doch wohl eine andere Wirkung auf die deutschen Arbeiter haben mußten, als die Totalität der Nazidiktatur sie wünschen kann. Es waren Freiheitserufe, die in einen Kerker drangen. Nur noch in den Tagen nach dem 7. März sind die ausländischen Sender in deutschen Arbeiterhäusern so oft und mit so gespannter Aufmerksamkeit gehört worden wie jetzt im französischen Massenstreik. Die deutschen Fabrikssklaven, die Tarifbruch, Lohnabbau und Preissteigerung widerstandlos, ja fast ohne Kritik, hinnehmen müssen, konnten sich ihre Gedanken machen über den Wert einer demokratischen Republik und ihre Vergleiche ziehen zwischen einst und jetzt in Deutschland und zwischen französischer Volksmacht und deutschem Heiligtum. In dem Eifer, die Franzosen ein wenig anzuschwärzen, ist den Naziberichterstattern ab und zu ein wichtiger Lapsus unterlaufen. So schreibt der Pariser Vertreter des »Westdeutschen Beobachters« (Nr. 267), was hätten denn die französischen Streiks schon erreicht? Tarifverträge, Arbeitervertretungen und bezahlte Ferien hätten die deutschen Arbeiter schon seit dreißig Jahren. Wahr und wahrhaftig von einem Nazi-Blatte zugestanden: nicht seit drei, sondern seit dreißig Jahren! Dabei sogar ein wenig zu unseren Gunsten übertrieben, denn vor dreißig Jahren war es auch in Deutschland in vielen Wirtschaftszweigen mit Tarifverträgen noch schwach bestellt, und die Rechte von Arbeiterschüssen und der Anspruch auf bezahlte Ferien ließen noch mehr zu wünschen übrig. Immerhin: viele Jahre vor dem jetzigen erfreulichen Streikerfolg der Franzosen hatten die deutschen Arbeiter ihr Tarifrecht und durch die Betriebsräte eine Arbeitervertretung, die in der ganzen Welt ihresgleichen suchte. Wie man überhaupt ab und zu daran erinnern sollte, daß die deutschen Arbeiter einmal trotz Niederlage und Reparationen die höchsten Löhne Kontinentaleuropas hatten, dazu die beste Sozialpolitik der Welt und, Millionen — ja Millionen! — Volkswohnungen aus öffentlichen Mitteln! Siedlungen, die für ein Jahrhundert für die positiven Leistungen der deutschen Arbeiterbewegung zeugen werden, wenn niemand mehr etwas

gelungen ist, das Budget von Kansas im Gleichgewicht zu halten. Eine ähnliche Kur wird von ihm an den Bundesfinanzen erwartet. Nun sind aber heute nicht weniger als 25 Millionen Amerikaner, davon 9 Millionen Wahlberechtigte, viel mehr als an der Herstellung des budgetären Gleichgewichts an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Unterstützungen interessiert, mit denen sie ihr Leben fristen. Ähnliches gilt von den 30 Millionen Farmern, wovon 10 Millionen Wähler durch Roosevelt Staatshilfe erhielten, bis der Oberste Gerichtshof dem Präsidenten in den Arm fiel. Auch die 16 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stehen zum größten Teil zu Roosevelt, in dem sie einen Vorkämpfer gegen die Uebermacht des Unternehmertums erblicken.

Die Sozialistische Partei betritt abermals mit ihrem Zählkandidaten Norman Thomas den Kampfplatz. Der Start vollzieht sich aber diesmal unter besonders ungünstigen Umständen, da sich die ohnedies schwache Partei vor der Kandidatenaufstellung noch einmal gespalten hat.

## Presseputsch in Paris

»Tageszeitung« gegen »Tageblatt«

Am 12. Juni erschien die erste Nummer der »Pariser Tageszeitung«, die zum Ersatz für das verlorene »Tageblatt« gegründet worden ist.

Zwischen dem Eigentümer des »Tageblattes«, Wladimir Poljakow, und der Redaktion gab es schon seit Jahr und Tag Mißverständnisse. In den ersten Junitagen benützte Poljakow die Abwesenheit des in Amerika weilenden Chefredakteurs Georg Bernhard zu Verhandlungen mit dem Leiter der Propaganda-Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris Dr. Schmolz. Bernhard wurde gekündigt. Ein neuer Chefredakteur sollte die

von den Artikeln und ihren Schreibern weiß, die je und je diese Aufbauarbeit heruntergelassen und sie den deutschen Arbeitern verleidet haben. Mit der vollen sozialistischen Sympathie, die wir für die französischen Arbeiter empfinden, können wir Ihnen nur wünschen: Mögen sie, die gezeigt haben, daß sie zu siegen wissen, nun ebenso solidarisch beweisen, daß sie das Errungene zu behaupten und auszubauen verstehen. Nicht nur gegen das Kapital und seine politischen Strategen, sondern auch gegen die gefährlichen Freunde, die in der Lust an immer neuem Vordringen die Wertschätzung und die Verteidigung des schwer Errungenen vergessen. Es sollen hier nicht alte Gegensätze aufgerissen werden, aber wer wird sich nicht ab und zu des Sprüchleins aus deutschen Nachkriegsdemonstrationen erinnern? »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel!« Wir können den alten Gewerkschafter gut verstehen, der uns dieser Tage über den Streik und seine sozialpolitischen Ergebnisse aus Frankreich schrieb und mit einiger Bitterkeit schloß: »Republik war doch recht viel, zu spät ist Demokratie das Ziel.«

## Arbeiterbrief über „Kraft durch Freude“

... Nun wolltet Ihr noch wissen, wie wir zu »Kraft durch Freude« stehen. Wenn Du hier herumfragen könntest, würdest Du wahrscheinlich bei den Arbeitern auch welche finden, die etwas dafür übrig haben, entweder, weil sie von unseren früheren Ferienkulturbestrebungen nichts wußten, oder weil sie sich durch die große Reklame jetzt täuschen lassen. Sehen wir von dem ganzen Propagandageschrei ab, so müssen wir sagen, daß sich in der Erholung nichts geändert hat, oder doch jedenfalls nicht zum Besseren. Ja, ich behaupte sogar, daß die früheren Veranstaltungen alle auf einem viel höheren Niveau standen. Allerdings, was früher selbstverständlich war, also Sonntags- und Zweitagewanderungen, Ferianausflüge mit Kind und Kegel in die Naturfreundehäuser, das wird jetzt als große Kulturtat ausposaunt. In Wirklichkeit ist nur alles viel roher und lauter geworden und für einen richtigen Naturfreund schon lange nichts mehr. Das größte Geschrei wird nun mit den Bäderreisen und den Reisen ins Gebirge gemacht. Da sind aber nun doch sehr große Unterschiede festzustellen, weil für die wirklichen Reisen immer nur wenige in Betracht kommen, denn die Auslagen sind auch für einen gut entlohnten Arbeiter noch immer viel zu hoch, weil doch auch eine gewisse Ausstattung in

Kleidern und sonstige Nebenausgaben dazu kommen. Es ist aber auch nicht jedermanns Sache, sich selbst eine wunderschöne Ferienreise zu erlauben, während zu Hause Frau und Kinder vor leeren Töpfen sitzen, und die Begeisterung der Arbeiterfrauen jedenfalls für diese Art Ferienreisen, wobei man an die Familie gar nicht zu denken scheint, dürfte wahrscheinlich doch viel geringer sein, als viele ahnen. Häufiger sind schon die Wochenendfahrten von zwei oder drei Tagen, von uns aus zum Beispiel neulich in das Sauerland oder in die südlichere westfälische Kannte, die Du ja kennst.

Da wird dann Volksgemeinschaft gemimt, indem man bei einem besser gestellten Volksgenossen, vielleicht einem SA-Führer im Ort, Beamter oder kleiner Fabrikant oder so was einquartiert wird, wo man, wenn man nicht ganz abgebrüht ist, nur zu deutlich fühlt, daß man den Sonnabend und den Sonntag in der Familie stört, und man bleibt möglichst wenig im Quartier. Da die Leute einem sagen, daß sie öfter »die Freude« haben, Volksgenossen aus dem Arbeiterstande als liebe Quartiergäste zu haben, kann man sich gut vorstellen, daß sie das allmählich leid bekommen. Also man setzt sich dann in die Kneipen zusammen, denn von einer wirklichen Wandererziehung, wie wir sie früher in der Jugend und bei den Naturfreunden trieben, ist ja bei solchen Wochenendfahrten keine Spur vorhanden. Die meisten wissen dann nichts anderes als zu Saufen und zu Karten und sind dann am nächsten Tage mit schwerem Kopf erst recht nicht fähig, die Natur zu genießen. Wenn man schließlich am Montag zurückkehrt, fragen sich die Nachdenklicheren, wofür sie eigentlich die 25 Mark, die die Geschichte vielleicht alles in allem gekostet hat, ausgegeben haben, denn sie haben sich nicht erholt, haben weder Kraft noch Freude gehabt und haben das schlechte Gewissen, ihrer Familie einen großen Betrag entzogen zu haben und lesen dann schließlich noch in der Zeitung, an welcher großartigen Kulturtat sie wieder einmal teilgenommen haben. Das also ist meine Meinung und Erfahrung, und ich kann mir wirklich nicht denken, daß jetzt in den Arbeiterfamilien, wo wahrhaftig mit dem letzten Groschen gerechnet werden muß, viele mit Stolz und Freude davon lesen, daß in Rügen oder sonstwo an der See große Erholungspaläste für Arbeiter als »Bäderreisende« gebaut werden sollen, denn das ist für die große Masse großer Humbug . . . . .

Hannes Wink.

allmähliche Gleichschaltung in die Wege leiten.

Als die Redakteure von diesem Streich erfahren, gelang es ihnen, in das Blatt eine Erklärung zu bringen, die den schmählischen Handel vor den Lesern bloßlegte, und sofort eine neue Zeitung, die »Pariser Tageszeitung«, ins Leben zu rufen. Die erste Nummer brachte neben Begrüßungsschreiben von Victor Basch, Breitscheid, Münzenberg u. a. eine ausführliche Darstellung des Vorgangs, aus der hervorgeht, daß sich Richard Lewinsohn-Morus auf die Seite des Poljakow geschlagen hat. Dieser selbst bezeichnet die Behauptungen der Redakteure als unwahr und kündigt ein Verfahren gegen sie vor den französischen Gerichten an. Dieses Verfahren kann aber nichts mehr daran ändern, daß die »Tageszeitung« die Funktionen des »Tageblattes« übernommen hat. Das »Tageblatt« hat inzwischen schon aufgehört zu erscheinen.

## Wehrfragen und Krisen

Schweden und die Schweiz.

Auch die kleineren Staaten bewaffnen sich. In Schweden hat die Militärfrage indirekt zu einer Regierungskrise geführt, weil die regierenden Sozialdemokraten zunächst die Wehrkredite nicht in der von den Bürgerlichen gewünschten Höhe bewilligen wollten, dann aber die Bewilligung von einer gleichzeitigen Erhöhung der Alterspensionen abhängig machten. Die Mehrheit des schwedischen Reichstags nahm zwar die Militärvorlage an, lehnte aber das neue Pensionsgesetz ab, obwohl die Regierung die Annahme zu einer Vertrauensfrage gemacht hatte. Daraufhin trat die sozialdemokratische Regierung zurück, und der König beauftragte den Führer der Bauernpartei mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Allgemein wird jedoch angenommen, daß es sich dabei nur um ein Übergangskabinet handelt, und daß die So-

zialdemokratische Partei nach den Reichstagswahlen im Herbst gestärkt in die Regierung zurückkehren wird.

In der Schweiz hat die Militärfrage zu einem ernststen Konflikt in der Sozialdemokratischen Partei geführt. Der Parteitag lehnte die neuen Wehrkredite entgegen dem Rat der Führung — Grimm, Reinhart — mit knapper Zufallsmehrheit ab. Im Nationalrat wurden sie mit überwältigender Mehrheit angenommen. Auch zahlreiche Sozialdemokraten stimmten, trotz Parteitagbeschlusses, für sie.

## Verfassung

Auf dem letzten Vortragsabend des Sommer-Semesters 1936 der Ostpreußischen Verwaltungsakademie sprach Amtgerichtsrat Dr. Gutbrod zum Thema »Revolution im Rechte«. Er sagte u. a.:

»Die Verfassung steht nicht am Anfang, sondern am Ende des Staatsaufbaues.«

Und wenn das Dritte Reich am Ende ist, wird es in einer so schönen Verfassung sein, daß es gar nicht mehr lohnt, sie aufzuschreiben.



# „... es kann einen Hund jammern ...“

Dieses Geständnis, das ein treffsicheres Urteil über die wahren Zustände in Deutschland enthält, hat sich der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, abgerungen. In der »Berliner Börsenzeitung« veröffentlicht er einen zwei Seiten füllenden Artikel über »Kleinsiedlungen und Wohnungsbau als politische und wirtschaftliche Notwendigkeit.«

Er übt darin eine scharfe Kritik an der Kleinsiedlungs- und Wohnungspolitik und auch an der Finanzpolitik der Hitlerregierung. Immer wieder wendet er sich gegen die jetzt in Deutschland übliche Schuldenwirtschaft:

»Kein Volk kann mehr ausgeben, als es erarbeitet oder erarbeitet hat. Es kann eine ganze Zeit lang auch Schulden machen, dann verbraucht es das, was es erarbeitet hat. Wenn eines Tages die Schulden so groß sein sollten, wie das in der Vergangenheit erarbeitete Vermögen, dann ist nichts mehr zum Verbrauchen da als das tatsächlich Erarbeitete...«

Es ist eben eine unbedingte Notwendigkeit, alle öffentlichen Haushalte zum Ausgleich zu bringen, denn ohne einen solchen Ausgleich würde ja ein Volk, das in früheren Jahren erarbeitete Vermögen verloren, oder es müßte zu den tollen Kunststücken der deutschen Ausgabenwirtschaft zu Beginn der zwanziger Jahre zurückkehren, die in kürzester Zeit ein allgemeines Verderben herbeiführen würde...«

Ich weiß wohl, wie schwierig es ist, einen öffentlichen Haushalt auf beiden Seiten ins Gleichgewicht zu bringen; ich weiß auch wohl, daß das beim Reichshaushalt aus naheliegenden Gründen ganz besonders schwierig ist; aber ich möchte meinen, daß, wenn man sich von der Dringlichkeit dieser Sache eine klare Vorstellung gemacht hat, manches andere zurückgestellt werden könnte und müßte, was weniger wichtig ist für die Gesundheit des Volkes, als diese allmählich auf 180 Millionen anwachsende Jahresausgabe.«

180 Millionen Reichsmark als Höchstgrenze wären als jährlicher Kredit notwendig, um die erforderlichen Wohnungen und

Kleinsiedlungen zu erbauen und dafür einen Mietszins zu verlangen, der für die Wohnungsbedürftige Bevölkerung erschwinglich ist. 180 Millionen RM sind fürwahr ein lächerlich geringer Betrag im Vergleich zu den Milliarden, die jetzt für die Aufrüstung aufgewendet werden und die nur durch »die tollen Kunststücke einer deutschen Ausgabenwirtschaft zu beschaffen sind, die in kürzester Zeit ein allgemeines Verderben herbeiführen« muß.

Die jetzige Praxis der Regierung, Wohnungen und Kleinsiedlungen zum Teil ohne jede Kanalisation zu erbauen und dafür teure Mietpreise zu fordern, hält Goerdeler für gefährlich:

»Es ist nicht erwünscht, daß zentrale Bestimmungen herauskommen, die zugleich eine billige Wohnung verlangen und gleichzeitig höhere Zinssätze vorschreiben. Man muß bedenken, wie eine solche Verbindung in den breiten Massen unseres Volkes wirkt. Wenn es heißt, es gibt jetzt eine Volkswohnung für 3500 Mark, aber verschwiegen wird, daß die Miete rund 30 Mark im Monat kostet, und wenn dann der einzelne sieht, was er für diese Miete bekommt, dann ist zweifellos eine nationalpolitisch gute Wirkung nicht erreicht. Denn der einzelne hat auch seinen Kopf, mit dem er denkt, und seine bestimmten klaren Vorstellungen. Es ist zweckmäßig, daß wir wieder etwas weniger bauen, als daß wir etwas bauen, was in der Miete zu teuer, in der Art des Gebotenen zu primitiv ist. Denn schlimmstenfalls läßt sich immer noch eher der Ausgleich vertreten, durch Teilung von größeren Wohnungen etwas Haltbares, Vernünftiges, später vielleicht einmal wieder zu Beseitigendes zu beschaffen, als gutes und schwer erarbeitetes Geld hinzugeben für Dinge, bei denen man sich vielleicht nach zehn, zwanzig oder dreißig Jahren bereits den Kopf darüber zerbricht, warum man es gemacht hat.«

Das ist die vernichtende Kritik eines Sachverständigen und eines Wissenden. Eines Mannes zugleich, der die Wirkungen dieser nationalsozialistischen Praxis im Kleinst-

wohnungs- und Kleinwohnungsbau auf die verschiedenen Schichten des Volkes beobachten kann. Er muß sich nach 40 Monaten Terrorregime eingestehen: »Der einzelne hat auch seinen Kopf, mit dem er denkt, und seine bestimmten klaren Vorstellungen.« Und die nicht zu verhindernden Folgen des Denkens und der klaren Vorstellungen, die in dem Kopf, den jeder einzelne aus den Massen der deutschen Arbeiter hat, lebendig sind, lassen den Leipziger Oberbürgermeister noch einmal die Mahnung aussprechen: »Nichts, aber auch nichts von den dem deutschen Volke zur Verfügung stehenden Mitteln zu vergeuden.«

»Ich muß es immer wieder auf das entscheidendste und auf das lauteste betonen, so schreibt Goerdeler, »daß nicht mehr zur Verfügung steht, als erarbeitet wird...«

Noch immer werden öffentliche Mittel vergeudet dadurch, »daß überflüssige Verwaltungsakte neben- und übereinander gehäuft werden. Zu Ueberorganisation haben wir jederzeit noch Mittel. Diese Mittel sollten an den Ort der Tat, und nicht an die Schreibtische gebracht werden.« Und hier an dieser Stelle, auf einem Gebiet, auf dem Dr. Goerdeler als erster Verwaltungspraktiker am genauesten Bescheid weiß, übergibt er der Öffentlichkeit im Fettdruck sein Gesamturteil:

»Es ist mir bitter ernst mit diesen Worten, denn es kann einen Hund jammern, zu sehen, wie sich vielfach die deutsche Arbeitskraft im Kampf um Zuständigkeiten erschöpft.«

Dieses Werturteil, das hier für ein bestimmtes Gebiet der nationalsozialistischen Praxis von einem erfahrenen Verwaltungsfachmann gefällt wird, muß auf das ganze Tun der gegenwärtigen Machthaber ausgedehnt werden.

»Es kann einen Hund jammern...« — mehr zu sagen ist überflüssig.

— Professor Euler, Direktor des zahnärztlichen Instituts der Breslauer Universität — verriet es den aufhorchenden Kollegen. Er berichtete über seine Beobachtungen am Kleinkind und betonte:

»Die Kinder von Müttern, die während der Schwangerschaft reichlich frisches Gemüse, Salat, Obst, Tomaten, Möhren, rohes Sauerkraut gegessen haben, waren zu 96 v. H. frei von Zahnfäule.«

Das heißt: sie hatten trotz der geringen Ausmahlung des gemessenen Brotes genügend Vitamin B I zu sich genommen. Da aber Gemüse, Salate und Obst für die weitaus meisten deutschen Menschen zu den Luxusartikeln gehören, muß man eben das Brot, über dessen schlechte Beschaffenheit schon heute in Deutschland ganz allgemein geklagt wird, aus noch höherprozentig ausgemahlenem Mehl backen, vielleicht ersetzt es dann die teure Zukost.

Die gelehrten Herren vergaßen bei ihrer ersten Sitzung zu erwähnen, daß ein Zusatz von Kartoffeln oder besser noch von Kohlrüben das Brot, wie sich im Krieg gezeigt hat, besonders schmack- und nahrhaft, besonders kraftpendend und bekömmlich macht. Sie werden das Versäumte hoffentlich in den nächsten Sitzungen nachholen.

## Deutsche Kurzberichte

Die Zahl der Handwerksbetriebe in Berlin ist nach dem Bericht der Berliner Handwerkskammer im letzten Jahre um 4000 zurückgegangen. Die Zahl der Lehrlinge dagegen ist im gleichen Jahr um 3400 gestiegen.

Der Gemüseverbrauch, der 1929 in Deutschland mit 1.590.000 Tonnen den Höchststand erreichte, betrug im Jahre 1934 1.450.000, und 1935 1.520.000 Tonnen. Obwohl die Bevölkerung seit 1929 um mehr als 3 Millionen Menschen zugenommen hat, ist der Gemüseverbrauch 1935 nicht unbeträchtlich niedriger als damals.

Der Gesamtumsatz des deutschen Handwerks betrug im Jahre 1928 18,8 Milliarden RM. Nach den jetzt für das Jahr 1933 vorliegenden endgültigen Feststellungen wurden in dem nationalsozialistischen Aufbruchsjahr nur 10,1 Milliarden RM Umsatz erzielt. Der Terror gegen die Warenhäuser und die Konsumvereine hat dem deutschen Handwerk demnach nichts geholfen.

## Das Parteibuch — über alles!

Wie Herr Heß sich sein Reichsministergehalt sauer verdient.

Der »Hauptamtsleiter im Stab des Stellvertreters des Führers, Ministerialdirektors (herrlich, was — nur so ein blischen Titel!) Walter Sommer berichtet jetzt in der »Deutschen Juristenzeitung«, Heft 10 d. J., folgendermaßen über das ebenso strapazöse wie sinnvolle Gewerbe seines hohen Chefs, des Reichsministers Heß:

»Durch einen Erlaß vom September 1935 ist der Stellvertreter des Führers bei der Ernennung und Beförderung von sämtlichen höheren Beamten beteiligt. Vom Studienrat und Amtgerichtsrat angefangen wird kein Beamter in Deutschland ernannt oder befördert, ohne daß seine Person dem Stellvertreter des Führers vorgelegt haben. Es ist klar, daß der Stellvertreter des Führers sich nicht so sehr mit der beruflichen Eignung der Beamten als mit ihrer politischen Zuverlässigkeit im Sinne des neuen Staates beschäftigt.«

Aber wie könnte das etwa nicht »klar« sein?! Ebenso klar erscheint es uns Volkverrättern aber zu sein, daß es noch nie ein Lotter-Regime ähnlicher Intensivität und ähnlichen Umfangs gegeben hat in der Weltgeschichte, wie es jetzt Deutschland ist. Man muß sich vorstellen, wie gerade der muntere Bub Heß — ein Hergelaufener irgendwoher aus Ägypten und dann Aufwasmädchen bei Hitler — mitsamt seinen Gesinnungskomparsen gerade gegen die »Parteibuchbeamten« der Republik gedonnert hat!

## Im Zeichen der Olympiade

Für die Mitglieder der Ortsgruppe Ebersstraße der Deutschen Arbeitsfront findet am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, im Schöneberger Bürgergarten, Hauptstraße, ein Vortragsabend statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen eine Ansprache des Pg. Doppler und die Vorführung der Filme: »Wehrprogramm«, »Ewige Wache«, »Waffenträger der Nation«.

(Mittellungen in der Berliner Presse.)

## Die deutsche Wirtschaft in Zitaten

Aus »Wirtschaft und Statistik« (2. April-Heft), »Die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 1936.«

### Preise und Löhne

Die Preise hinauf.

»Die Lebenshaltungskosten haben sich von März 1935 bis März 1936 um 1,6 v. H. erhöht. Ausschlaggebend hierfür waren die Preissteigerungen für Fleisch und Fette sowie für Textilwaren, also meist für Waren, bei denen der deutsche Verbrauch bisher weitgehend auslandsabhängig war.«

Die Löhne hinunter.

»Das Lohnniveau im ganzen blieb — der wirtschaftspolitischen Linie der Reichsregierung entsprechend — annähernd stabil. Die Tarifsätze sind nirgends erhöht worden. Der Mangel an Facharbeitern brachte es aber vielfach mit sich, daß qualitativ hochwertige Arbeitskräfte (gelernte und ungelernete) höhere Stundenverdienste erzielten. Demgegenüber stehen die Wirtschaftszweige mit schwierigen Wettbewerbsverhältnissen, zumal gegenüber dem Ausland. Um gefährdete Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten, erwies es sich hier teilweise als unvermeidlich, die tariflichen Mindestvorschriften im Wege von Ausnahmestimmungen durch die Treuhänder der Arbeit zu lockern.«

### Das Arbeitseinkommen

»Das deutsche Volkseinkommen des Jahres 1935 dürfte sich, soweit man von Teilergebnissen vorläufige Schlüsse auf die Gesamtgröße ziehen kann, auf 56 bis 57 Mrd. RM belaufen haben. Die Steigerung gegenüber dem Tiefpunkt der vergangenen Wirtschaftskrise beträgt also rund 25 v. H. Von dieser Steigerung entfällt, gemessen am Lebenshaltungsindex, nur etwa ein Viertel auf die Veränderung des Preisniveaus.«

### Das Unternehmereinkommen

»Daß auch das Unternehmereinkommen weiter erheblich zugenommen hat, darf man aus den steigenden Erträgen der Einkommen- und Körperschaftsteuern folgern.«

Das Aufkommen betrug bei der veranlagten Einkommensteuer 1933 511,8, 1935 994,8 Mill. RM, also nahezu eine Verdoppelung, bei der Körperschaftsteuer:

1933 196, 1935 529,6 Mill. RM, also eine Verdreifachung.

Im Januar und Februar 1936 war das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer

um 52,6 v. H., der Körperschaftsteuer um 203,3 v. H. größer als im Jahr vorher.

### Einkommensverwendung

Im Gesamtdurchschnitt haben sich die Einzelumsätze im Jahre 1935 um 4,5 v. H. erhöht. Die Umsätze an Nahrungs- und Genussmitteln nahmen um 8,2 v. H. zu und bewegten sich damit, bei einer verhältnismäßig stetigen Steigerung, annähernd parallel zum Arbeitseinkommen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Ausweitung der Lebensmittelumsätze zum größten Teil auf die Steigerung der Agrarstoffe zurückgeht, die gegenüber dem Vorjahr 6,5 v. H. betrug. Der Einzelhandelsumsatz in Bekleidung und Textilien blieb — hauptsächlich wohl infolge der Voreindeckungen des Jahres 1934 — nahezu unverändert.«

Aufrüstung und Flucht in die Sachwerte

### machen Konjunktur

»Die Inanspruchnahme des Industrieapparates erfolgte insbesondere für den Ausbau des Verkehrswesens, der Rohstoffversorgung und der Wehrmacht.«

»In der metallverarbeitenden Industrie wurde der Fahrzeugbau durch das Zusammenreffen mehrerer Ursachen begünstigt. Angeregt durch Steuererleichterungen und durch die Entwicklung des Autostraßennetzes haben die Besitzer mittlerer und hoher Einkommen einen wachsenden Anteil ihrer Verbrauchsausgaben zum Kauf von Personenkraftwagen verwendet. Dann kam der Kraft-

## Kriegsmedizin

Zahnärzte auf dem Kriegspfad.

Im Kriege war die deutsche Ernährungswissenschaft schon einmal viel weiter, in den vierzehn Jahren der Schmach und der Schande gingen ihr die Errungenschaften des Stahlbades wieder verloren, und erst jetzt, unter nationalsozialistischer Führung, beginnt sie wieder langsam den Höhepunkt der Kriegsjahre zu erklettern. Das zeigte sich z. B. bei der ersten Sitzung der »Arbeitsgemeinschaft für Karies (Zahnfäule)-Forschung« in Berlin, die vom Herrn Reichszahnärztführer feierlich eröffnet wurde und an der zahlreiche braune Zahnärzte und Zahngelehrte teilnahmen. Professor Piöbner wies, wie die deutschen Zeitungen melden, gleich zu Beginn darauf hin, daß »ein ursächlicher Zusammenhang zwischen einer Reihe von Erkrankungen, so auch der Zahnfäule, und der zu geringen Aus-

wagen- und Schiffsbedarf der Wehrmacht. So schafft die Fahrzeugindustrie heute mehr als das 3¼fache der im Jahre 1932 geleisteten Arbeitsstunden.«

»Auch in der Bauindustrie wirkten öffentliche und private Aufträge zusammen. Im Vordergrund standen die Anforderungen des Tiefbaues, besonders des Baues von Straßen und Kanälen. Die Tätigkeit im Hochbau wurde durch Neuanlagen der Wehrmacht und der metallverarbeitenden Industrie sowie durch den Wohnungsbau weiter gesteigert.«

### Rückgang bei den Verbrauchsindustrien

»Berücksichtigt man, daß große Teile des Privateinkommens gespart wurden oder in die Fahrzeugindustrie und den Eigenhausbau geflossen sind, bedenkt man weiterhin die erhöhten Aufwendungen für manche Bedarfsgüter, so wird das viel besprochene Zurückbleiben der Beschäftigung in den Verbrauchsindustrien leicht verständlich.«

### Die „Träger“ der Pumpwirtschaft

»Träger der Fundierung sind in erster Linie die Sparkassen, Sozialversicherungen und Lebensversicherungen, deren Anlagepolitik durch das Reich gelenkt werden kann. Seit September, also innerhalb von 6 Monaten, ist hier, der Bestand an Wertpapieren um 774 Mill. RM gestiegen. Davon entfallen — soweit feststellbar — 605 Mill. RM auf Reichs- und Staatsanleihe.«

mahlung des Mehles festzustellen ist.«

Professor Scheunert, Leipzig, stimmte ihm begeistert zu und versicherte:

»Für die Versorgung der Bevölkerung mit Vitamin B I, die für die Steuerung aller Drüsen mit innerer Sekretion äußerst wichtig ist, ist möglichst in Vollkornbrot, mindestens aber in Schwarzbrot 82 Prozent der Ausmahlung zu empfehlen.«

Er erklärte auch augenblicklich, warum solches ratsam sei:

»Sobald man Graubrot oder Weißbrot isst, muß ein beträchtlicher Teil des Vitamin-B-I-Bedarfes durch andere Nahrungsmittel gedeckt werden.«

Und was für unerreichbare andere Nahrungsmittel mögen es wohl sein, die von den leichtsinnigen Graubrot-Schlemmern zur Befriedigung ihres B-I-Bedarfs genossen werden müssen? Krebschwänze in Dill vielleicht? Nein. Ein dritter Teilnehmer der Ta-



tel. dem Produktionsprozeß zahlreiche Geldmittel einzuverleihen, die ihm sonst fernblieben und in der Gesellschaft müßig lägen. Ohne Kreditwesen wäre die kapitalistische Produktionsweise nicht so sehr entwickelt, wie sie ist. Aber es ist ein sehr unzulängliches Mittel für den Zweck innerhalb dieser Produktionsweise, die Produktion und Zirkulation der Waren planmäßig zu regeln. Es hat bisher mehr die Spekulation und damit die Anarchie im Produktionsprozeß begünstigt. Es ist schon ungeheuer viel, wenn es gelingt, diese Seite des Kredits einzudämmen. Die staatliche Kontrolle des Kreditwesens, d. h. zunächst der Großbanken, ist sehr notwendig, sie kann aber keinen Ersatz bilden für die Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel. Eine Sozialpolitik, die vor jeder Sozialisierung kapitalistischer Unternehmungen zurückschreckt, ist unfähig, eine zweckmäßig wirkende Planwirtschaft durchzuführen.

Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel und Planwirtschaft gehören zusammen, lassen sich voneinander nicht trennen. Sie sind zwei Seiten derselben gesellschaftlichen Erscheinung, der sozialistischen Produktionsweise. Je weiter die Sozialisierung vor sich geht, umso planvoller wird man die Gesamtwirtschaft gestalten können. Wir müssen Planwirtschaft und Sozialisierung gleichzeitig in Angriff nehmen.

Die Versuche, namentlich bürgerlicher Sozialreformer, die Sozialisierung der Produktionsmittel wegen der Widerstände, die sie findet, zu umgehen, und Plan und Ordnung in das kapitalistische Chaos ohne Einschränkung des Bereichs des Privateigentums an den kapitalistischen Produktionsmitteln zu schaffen, werden sich als eine Danaidenarbeit erweisen, bei allem ehrlichen Willen, der z. B. bei Roosevelt sicher zu finden ist.

## II.

Daß die Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel unser Ziel sein müsse, darüber bestanden in sozialistischen Kreisen keine verschiedenen Meinungen. Wohl aber wurde lebhaft über den Weg zu diesem Ziel diskutiert: Sollen wir die Kapitalisten für die sozialisierten Produktionsmittel entschädigen oder ihren Besitz einfach konfiszieren? Man glaubte, es stehe in unserem Belieben, den einen oder den anderen Weg zu wählen, die Entscheidung darüber hänge nur von dem Grade der Unversöhnlichkeit oder Milde ab, den unsere Gemüter aufweisen.

Ich glaube, der erste Sozialist gewesen zu sein, der die Frage: Konfiskation oder Entschädigung? nicht vom ethischen, sondern vom ökonomischen Standpunkt aus behandelte. Ich tat es bereits 1902 in meiner Schrift über die »Soziale Revolution« und dann 1922 in dem Buche über die »Proletarische Revolution«. Ich kam zu dem Ergebnis, daß gegen die Forderung

der Konfiskation schwere ökonomische Bedenken bestünden, daß die Ablösung der sozialisierten Betriebe eine ökonomische Notwendigkeit sei. Zu diesem Schluß nötigte mich die Erkenntnis, daß eine zweckmäßige, fruchtbare Sozialisierung der Produktionsmittel nur möglich werde, wenn man sie sorgfältig vorbereite, und daß nicht alle Produktionszweige für die Sozialisierung bereits reif seien. Jede sozialistische Partei, die zur Regierung komme, müsse jedoch von Anfang an trachten, daß alle Betriebe, die sie vorfindet, in Gang bleiben, die nichtsozialisierten ebenso, wie die sozialisierten. Sie müsse verhindern, daß das sozialistische Regime mit einer ökonomischen Krise beginnt.

Eine solche müßte aber eintreten, wenn nicht eine sofortige allgemeine Sozialisierung möglich wäre und doch jedem kapitalistischen Unternehmen die Konfiskation drohe. Ein kapitalistisches Unternehmen kann nicht weitergeführt werden, wenn der Kapitalist nicht immer wieder Geld hineinsteckt, sowohl um Rohmaterialien zu kaufen, wie um die Löhne zu zahlen. Er tut das, weil er hofft, beim Verkauf seiner Produkte das Geld mit Profit zurückzubekommen. Er wird sich aber hüten, sein Geld weiter im Produktionsprozeß anzuwenden, wenn ihm völlige Konfiskation droht.

Kommt eine sozialistische Regierung mit einer sozialistischen Mehrheit hinter sich, ans Ruder, dann müssen wir darauf gefaßt sein, daß die Kapitalisten trachten, deren Wirken zu sabotieren, einen Unternehmerstreik herbeizuführen, das wirtschaftliche Leben lahmzulegen, um das neue Regime zu diskreditieren. Den kräftigsten Antrieb würde dieses Streben erhalten, wenn die Regierung sich anschickte, die kapitalistischen Betriebe zu konfiszieren.

Dagegen wird man jeglicher ökonomischer Sabotierung am besten nicht etwa mit Gewalttötungen begegnen, die keine intensive ökonomische Tätigkeit erzeugen, sondern dadurch, daß man noch verbleibenden Unternehmern ein Interesse am ununterbrochenen Fortgang und an steter Verbesserung ihres Betriebes einflößt. Das tritt ein, wenn die sozialistische Regierung sich verpflichtet, jedes Unternehmen, sobald sie daran gehen wird es zu sozialisieren, gegen billige Entschädigung abzulösen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Betrieb fortgeführt und auf der Höhe der Zeit gehalten würde.

»Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die große Aufgabe zu lösen, gleichzeitig an die Sozialisierung des Produktionsprozesses dort heranzugehen, wo sie bereits möglich ist und die Fortführung und kraftvolle Entwicklung der Produktion auf kapitalistischer Basis dort zu sichern, wo die Bedingungen für eine Sozialisierung noch nicht gegeben sind.« (»Die Proletarische Revolution«, 3. Aufl., 1933, S. 162.)

Noch ein Umstand spricht gegen die Konfiskation. In der Theorie sind Kapitalist und Proletarier streng geschieden, nicht in der Praxis. Nicht nur gibt es zwi-

chen Kapitalisten und Proletariern Zwischenschichten, Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Intellektuelle, sondern auch im Proletariat gibt es nicht wenige Individuen und Organisationen, die für die Zeiten der Not Spargroschen ansammeln, denen sie heute die Form von zinstragendem Kapital geben können, als Einlagen in Sparkassen, Besitz von Aktien und dergleichen. Sie werden dadurch keine Kapitalisten, gewinnen nicht den mindesten Einfluß auf die Leitung des Produktionsprozesses, Wohl aber erhalten sie Interesse an der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums. Durch eine Konfiskation aller Kapitalien würden sie empfindlich getroffen.

Progressive Besteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften ist die rationalste Methode, im wachsenden Maße den großen Besitz für die Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse heranzuziehen. Die Konfiskation dagegen ist roh und blind, namentlich angesichts des Aktienwesens. Sie trifft arme Witwen und Waisen, ebenso wie Finanzkönige.

Aber hat nicht Sowjetrußland diese Konfiskation vollzogen und besteht seine Wirtschaft nicht schon seit bald zwanzig Jahren? Das scheint für manche Sozialisten, aber auch für die Gegner des Sozialismus, ein schlagender Grund dafür zu sein, daß die Sozialdemokratie, wenn sie zur Herrschaft kommt, den kapitalistischen Besitz einfach konfiszieren kann und, wenn es ihr beliebt, konfiszieren wird.

Wir wollen die Frage unerörtert lassen, ob die Produktionsweise, die in Rußland geschaffen wurde, das darstellt, was wir seit jeher als Sozialismus bezeichnet haben: ein Regime von Wohlstand und Freiheit für alle Arbeiter. Nur auf eines sei hier hingewiesen: Rußland ist ein Ausnahmefall, der in keiner Weise als Vorbild für die übrige Welt dienen kann, am allerwenigsten für hochindustrielle Kulturstaaten.

Rußland erhielt sich nach dem November 1917, weil der weitaus größte Teil seiner Bevölkerung aus Bauern bestand, die in der Revolution zusätzlichen Boden gewannen und deren Eigentum damals nicht angetastet wurde, so daß sie in alter Weise weiter wirtschaften konnten.

Das schützte die Bauern selbst, aber auch die Industriearbeiter vor dem völligen Verhungern, obwohl es ihnen schlecht genug dabei ging. Die meisten Industriearbeiter hatten noch Beziehungen zum Dorf. Die Industrie kam jedoch fast völlig zum Stillstand, bis Lenin 1921 privates Wirtschaften auch in der Industrie wieder gestattete. Wenn die Bevölkerung Rußlands in der Zeit von 1917 bis 1921 trotz des von Jahr zu Jahr zunehmenden Mangels an Industrieprodukten nicht ausstarb, so ist das der ungeheuren Kulturlosigkeit des russischen Volkes zuzuschreiben. Eine entwickelte Kultur hätte einen solchen Tiefstand der Lebenshaltung, ein solches Verkommen in Schmutz und Lumpen, ein Zusammenwohnen mehrerer Familien

in einem einzigen Wohnraum usw. einfach nicht ausgehalten.

Es geht also nicht an, für die Kulturvölker die russischen Methoden als Vorbild hinzustellen.

Andererseits muß man dem Vorurteil entgegen treten, als bildete die Verletzung des Eigentumsrechtes die besondere Methode der Besitzlosen zu einer Verbesserung ihrer Lebenslage und sozialen Stellung zu gelangen. Gerade besitzende Klassen haben wiederholt und oft in ungeheurer Maße Eigentumsverletzungen vorgenommen, um Vorteile zu gewinnen. Wir erinnern an das Bauernlegen, das die Feudalherren so schwunghaft betrieben, an die ganze Kolonialgeschichte seit mehreren Jahrhunderten, die eine fortgesetzte Häufung von Räubereien und Plünderungen durch Aristokraten und Kapitalisten darstellt, die gleichzeitig die Heiligkeit des eigenen Eigentums proklamierten. In den bürgerlichen Revolutionen wieder zögerte man keineswegs, Kirche und Grundherren ohne jede Entschädigung zu enteignen, wenn das Interesse der Revolution es zu gebieten schien. Andererseits haben die Herren der Staatsgewalt seit langem sich nicht gescheut, minderwertiges Metallgeld herauszugeben, später zu einer Papiergeldinflation zu greifen, um ihren Finanznöten abzuhelfen.

Ehe noch die Bolschewiki mit der Konfiskation von bürgerlichem Vermögen angingen, hatten schon bürgerliche Regierungen im Weltkrieg mit der Inflation begonnen, durch die schließlich Besitz aller Art, also auch Kapitalien, in riesenhaftem Maßstab konfiszieren, nicht nur ungeheure Massen von Arbeitern, sondern auch zahlreiche wohlhabende Familien ins tiefste Elend gestürzt wurden.

Wenn also das siegreiche Proletariat zur Konfiskation des kapitalistischen Besitzes schritte, würde es damit nicht eine spezifisch proletarische Methode in Anwendung bringen. Es würde in der Geschichte der besitzenden und bisher herrschenden Klassen zahlreiche Vorgänger finden. Wenn dem Proletariat nicht zu raten ist, ihnen zu folgen, beruht das gerade darauf, daß die besonderen historischen Aufgaben des Proletariats bei der Ergreifung und Ausübung der politischen Macht ganz anderer Art sind, als die der besitzenden Klassen vor ihm.

## III.

Es ist ökonomisch unweckmäßig, die kapitalistischen Produktionsmittel zu konfiszieren, sobald die Sozialdemokratie stark genug geworden ist, derartiges durchzuführen. Noch mehr politisch unweckmäßig ist es aber, heute schon bei unserer Propaganda diese Absicht zu verkündigen. Denn an der heutigen Eigentumsordnung hängen nicht bloß die Kapitalisten, sondern auch zahlreiche kleine Leute, bis weit in die proletarischen Kreise hinein, die entweder für ihren Betrieb oder für Zeiten der Not, der Arbeitslosigkeit oder

## Der Fall Johst

Ein Lebensbild für die deutsche Jugend.

»Vaterlandsliebe kann Beschränktheit sein, gewöhnlich ist sie gesetzliche Vorschrift.« Hans Johst.

Vom braunen Johst? Jawohl, von Hitlers Leibdichter! Wo? In Pfemferts »Aktionen« von 1917. Eine interessante Vergangenheit, bei Wolans Raben, und wert, der Vergessenheit entrissen zu werden.

Bisher war von diesem braunen Oberbarden nur bekannt geworden, das er einst expressionistete, wie ein Asphaltliterat. Nach dem November 1918 wartete er ab. Als die Völkischen in Bewegung kamen, wartete er immer noch ab, ließ sich von rechts und links fördern, verübte verquollene Dramen, die rechts und links ausgelegt werden konnten, schrieb sogar ein Drama zu Ehren des Demokraten Thomas Paine. Erst als das Hakenkreuz richtig aufholte, fand er den festen Anschluß und taumelte im Wettlauf mit anderen Konjunkturisten nach dem 5. März von Posten zu Posten, von Prämie zu Prämie. Intendant der Berliner Staatstheater, Vorsitzender der Akademie für Dichtung, Staatsrat und Präsident der Reichsschrifttumskammer, Reichsfachleiter im »Kampfbund für deutsche Kultur«, Literaturpreis der NSDAP 1935.

Aber vorher, vor dem 9. November, was war da mit ihm? Die Nazipresse hat ihrem Preisgekrönten inzwischen lange Würdigungen gewidmet, aber sein Wirken während des Krieges blieb bisher merkwürdig unbeleuchtet. Er selbst redet nicht gern davon und verläßt sich wohl ein bißchen darauf, daß

gewisse Bücher verbrannt wurden. 1914 zählte er 24 Jahre, im Nazi-Jargon das knusperigste Alter für den Schützengraben. Er aber war nicht draußen. Dafür predigt er jetzt das heroische Sterben. Damals nicht, damals ging es ja um sein Leben. Damals — und das möchten wir dem Johstbuch stiften, so in Vorbereitung ist — damals schrieb er in jener Pfemfertschen »Aktion«, die scharf gegen die sozialdemokratische Kreditbewilligung loszog, auf Liebkechts Seite stand, das »Durchhalten« ironisierte und die Soldatenrevolten geistig mit vorbereitete. Jedes Heft eine Fanfare des Defaitismus, Mittendrin Hitlers Leibgarde.

Wir greifen aus dem Aktionsbuch 1917 einen Beitrag von Johst heraus: »Morgensröte«, ein Rüpelspiel. Er macht darin die Vaterlandsliebe weidlich lächerlich (siehe obiges Zitat), er ironisiert jene Dichter, die zum Durchhalten blasen, es ist ein Pamphlet gegen die Kreise, die später den Dolchstoß erfanden, es ist der Defaitismus zu Pferde. Es ist eine Friedenswilligkeit, soweit es die Zensur irgendwie gestattete. Denn es fehlt nur noch der Ruf: »Schmeißt die Waffen weg!« Im Nazi-Jargon gesprochen: es ist der Dolchstoß und das Vornovemberverbrechen. Der pazifistische Dichter wirft darin dem patriotischen Bürger herrliche Worte an den Kopf: »Wie die Erinnerung an eine Liebesnacht sich oft als Lustseuche darstellt, so ist die Lyrik eine Folge des Krieges. Oder die kriegstüchtige Staatsgesinnung wird verhöhnt: »Nun fehlt uns nichts... Unsere Gesinnung ist vom Staate ausgezeichnet.« Die Bürger knirschen ob des frechen pazifistischen Dichters: »Ein Kaffee-

hauspessimist! — Ein Jude!« Wie fein er hier den Antisemitismus abtut! Und gleich darauf ein Hieb gegen die Durchhalter samt dem Heros Hindenburg, als die Bürger sich trösten: »Greifen wir zu Heldengesängen! Nehmen wir ein deutsches Stahlbad! Balladen von Herzog!« Ein Hieb gegen den schon damals völkischen Dichter Rudolf Herzog. Kurz, das Spiel ist eine liebliche Satire gegen den Kriegspatriotismus und könnte in jedem wahrhaft pazifistischen Lesebuch bestehen.

Wohl gemerkt, wir sagen nichts gegen die Friedensgesinnung der »Aktion« von damals, nichts gegen diesen Kampf wider den nationalistisch-militaristischen Geist, wir wollten dem kommenden braunen Johstbuch nur eine wichtige und bis dato offenbar vergessene Partie stiften. Denn der damals das »Novembervbrechen« mit vorbereitete, trägt heute die obersten Hitlerorden und richtet heute die Novembervbrecher. Der damals in Kriegsmüdigkeit machte, während andere draußen starben, wirkt heute dafür, daß alle sterben, die für den Verständigungsfrieden kämpften. Der damals in einem spartakistischen Organ gegen die Kreditbewilligung mitwirkte, wirft heute der Sozialdemokratie mangelnde Vaterlandsliebe vor. Der heute die Juden auf Kommando frist und 1934 ein Lutherstück herausbrachte, aus dem auf dringende Vorstellung der katholischen Kirche und des Auswärtigen Amtes die schlimmsten antisemitischen Greuelzenen gestrichen werden mußten, machte sich damals über den Antisemi-

tismus lustig und kargte auch später nicht mit Verehrungsschreiben und Bücherwidmungen für einflußreiche jüdische Leute. Der heute das deutsche Volk als auserwähltes besingt, beschimpfte es damals.

Ein feiner Klub, diese heute braune Dichterkumpanei! Gottfried Benn, der ehemalige Spezialist für pathologische Unterleibesbedingung, Lersch und Steguweit, die einst so gern Honorare von links nahmen und sich bei jüdischen Leuten aufdringlich anschnitten, Max Barthel, der ehemalige wilde Antimilitarist, Pazifistenlyriker und Kommunist, H. H. Ewers, der schwülze, schlüpfrige Altränchen-Autor, der heute ob dieser Vergangenheit in Sack und Asche Buße tut — und an der Spitze der Chamäleons der alte bewährte Vornovemberverbrecher Johst, Staatsrat, mehrfacher Präsident, Führers Leibdichter, der Preisgekrönteste und meist Angeführteste aller Renegaten, in Deutschlands schwerster Stunde den »Dolchstoß von hinten« mit schneidiger Feder vorbereitend, heute ganz oben im kurulischen Sessel, deutscher Jugend deutsche Sitte und Vaterlandsliebe lehrend... Eine fabelhafte Lumpensammlung. Kautschuk ist Granit dagegen.

Wenn der deutschen Jugend Anschauungsunterricht über den Werdegang der Erfolgreichen gegeben wird: Johst bleibt ein instruktives Beispiel. Sollen hat sich Dichters Charakterstärke so gelohnt. Das Geschäft blüht und er ist heute ein steinreicher Mann, wie alle braunen Führer. Und wenn sie schon alle durch Lüge, Gemeinheit und Verrat reich wurden, warum soll gerade ihr Oberbarde nicht?! Bruno Brandy.

Arbeitsunfähigkeit Sperrfennige brauchen, die kapitalistisch angelegt sind.

Was die Menschen von heute alle, nicht bloß Proletarier und Kleinbürger, sondern auch Kapitalisten, am meisten fürchten, ist die Unsicherheit der Existenz. Kein Mensch, auch nicht der reichste, ist heute sicher vor Unheil. Nach Sicherheit sehnen sie sich alle, mehr noch als nach der Aufhebung der Knechtung und der Ausbeutung. Jede Produktionsweise, die größere Investitionen braucht, die erst langsam wieder hereingebracht werden, bedarf zu ihrem Gedeihen der Sicherheit. Das gilt von der kapitalistischen Produktionsweise mehr als von jeder anderen vor ihr. Das gilt aber nicht minder von der sozialistischen Produktionsweise. Ja, gerade in der ökonomischen Sicherheit, die sie den Mitgliedern der Gesellschaft bietet, sehen wir eine der wichtigsten Ursachen ihrer Ueberlegenheit über die kapitalistische mit ihren zahlreichen Wechselfällen.

Zu der nötigen Sicherheit gehört jedoch nicht bloß die der Person, sondern auch die des Eigentums. Daß der orientalische Despotismus verfiel, und keine höhere Produktionsweise aufkommen ließ, ist nicht nur der Unfreiheit und Unwissenheit seiner Untertanen zuzuschreiben, sondern auch der Unsicherheit ihres Eigentums, das nicht bloß durch Diebe und Räuber, sondern auch durch korrupte Staatsbeamte bedroht wurde. Die kapitalistische Produktionsweise konnte nur in Rechtsstaaten aufkommen, mit weitgehender Sicherung der Person und des Eigentums. Und je mehr sich diese Produktionsweise entwickelt, desto größer gestaltet sie die Sicherheit, desto mehr bildet sie den Rechtsstaat aus. Der Weltkrieg hat das vollkommen geändert, nachdem vor ihm schon einzelne monopolistische Kapitalistenverbindungen angefangen hatten, die Gewalt über das Recht setzen zu wollen. Nicht nur der Krieg, auch der ihm folgende Friede haben die Sicherheit, die für den ökonomischen Prozeß notwendiger ist als je, immer mehr aufgehoben. Gesundheit kann nur aus der Wiederherstellung hervorgehen. Eine sozialistische Regierung kann sich nur behaupten, wenn sie in weitgehendem Maße in diesem Sinne tätig ist.

Und gerade in diesem Moment sollte sie daran gehen, eine Praxis fortschreitender Konfiskationen zu eröffnen und damit ein neues Moment lähmender Unsicherheit in das Wirtschaftsleben einzuführen? Das müßte neue großen Krisen entfesseln, es müßte gerade jetzt verderblich werden, nicht bloß für das wirtschaftliche Leben, sondern auch für die Idee des Sozialismus; es müßte sie für lange hinaus schwer kompromittieren.

Darum wäre es geboten, schon jetzt keinen Zweifel über die Absichten der Sozialdemokratie, über die von ihr beabsichtigten Methoden der Sozialisierung zu lassen. Wir haben darzutun, daß nicht nur eine gelegentliche Rücksicht auf bürgerliche Koalitionsgegner, sondern auch die

# »Bilder - antreten zur Olympia!«

## Magazinierte »Nichtarier« werden in Berlin wieder gezeigt — Bayrische Kunstbolschewiken werden zerschmettert

Der große Hausputz des Dritten Reiches für die Olympia ist im vollen Zuge, um den Besuchern europäische Gesittung, also mehr »Weimar« als »Potsdam« zu präsentieren. Die jüdenfeindlichen Inschriften sollen vorübergehend verschwinden und den »Stürmern« will man ins Hinterstübchen der braunen Buchhandlungen verlegen. Um zu beweisen, daß jüdische Sportler gleichberechtigt ihre Kräfte mit Arieren, Romanen und Slawen messen dürfen, sind die Florettfechterin Helene Mayer und der Cricketspieler Rudi Ball, wie sich aus der neuesten offiziellen Teilnehmerliste ergibt, freundlichst zur Mitwirkung gebeten worden. Biceps und körperliche Geschicklichkeit brauchen mit Charakter nicht konform zu gehen. Die jüdische Dame und der jüdische Herr kämpfen nicht nur für den Sieg der Hakenkreuzflagge, sondern widerlegen zugleich auch die bekannten Greuelmärchen der Emigranten. Die Wirkung ist bereits da. Das französische Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, Marquis de Polignac, beschwört Léon Blum in einem Artikel im »Journal«, nicht in letzter Stunde die französische Sportler zum Fernbleiben zu zwingen; es sei gänzlich falsch zu behaupten, daß Juden nicht zugelassen seien...

Für Olympia-Zwecke werden, wie die braune Presse berichtet, auch die Dokumente der Bildenden Kunst Deutschlands arrangiert. Dr. Hanfstängel von der Berliner National-Galerie hat soeben eine Neuordnung des Museums vorgenommen, zum den Gästen eine eindrucksvolle Schau

deutschen künstlerischen Schaffens zu vermitteln. Siehe da: einen großen Teil jener Gemälde, die nach dem Bildersturm vom Frühjahr 1933 von den Wänden geholt und in die Magazine gebracht wurden, hat man »neu aufgehängt«. Franz von Marées, der Halbjuden, dessen schöpferische Unfähigkeit infolgedessen seit drei Jahren feststand, vermittelt jetzt wieder zusammen mit Böcklin und Feuerbach einen »geschlossenen großartigen Eindruck der sogenannten Deutsch-Römer«, wie die braune Presse berichtet. Der verstorbene Max Liebermann, dessen Bilder aus allen deutschen Kunsttempeln entfernt wurden und dem der »Angriff« diktatorisch das weitere Malen verboten hatte, ist in der National-Galerie mit in der Reihe arischer Maler als Führer des deutschen Impressionismus im 19. Jahrhundert mit zahlreichen Gemälden wieder zu Ehren gekommen. Lebte er noch: welch Feuerwerk berlinerischer Witze würde er über dieses Revirement riskieren! Hoffentlich hat Herr Dr. Hanfstängel auch das Porträt Hindenburgs nicht vergessen, das Liebermann vor wenigen Jahren von dem Verkörperer des deutschen Kernspruchs »Die Treue ist das Mark der Ehre« hat malen dürfen.

Auf der anderen Seite macht die neugeordnete National-Galerie dem braunen Kitsch-Geschmack eine interessante Konzession. Man hat einen jahrzehntlang verpönten riesigen Makart-Schinken, der »jetzt wie ein riesiger Gobelin das Treppenhaus dekoriert«, aus dem Keller wieder ans Sonnen-

licht geholt. Durch die Quantität der Leinwand und der Farbe wird den fremden Besuchern ein gehöriger Respekt von der Macht und von der Größe deutscher Kunst vermittelt. Die Zeit der »Dekadenz« ist vorüber! Bei der Eröffnung der großen Kunstausstellung in München hat der bayrische Minister Wagner verkündet, daß im vierten Jahre des Dritten Reiches die nationalsozialistische Revolution endlich auch auf dem Gebiete der Kunst »absolut siegreich« geblieben sei. Sollte so ein Kunst-Bolschewik der Vergangenheit noch einmal aufmucken, so merke er sich das, was Herr Wagner ihm androht: »Auch in der Kunst ist der Feind geschlagen, und wo er noch lebt, wird er geschlagen, wo wir ihn treffen.«

Da kann Berlin noch nicht mit München ist eben die »Hauptstadt der Bewegung«, Ausgangspunkt Adolf Hitlers, »Deutschlands größten und genialsten Menschen«, der, ebenfalls nach Wagner, das in der Kunst der Gegenwart festzuhaltende lebendige schöne Leben, das »Herrliche im Mensch«, auf seine Fahne geschrieben habe. Mit einem solchen Trainer an ihrer Spitze ist der »absolute« Sieg der deutschen Olympia-Kunstmannschaft schon heute gewiß. Man sollte den fremden Gästen aber auch ein Treffen mit noch lebenden deutschen Kunst-Bolschewiken vorführen. Das ist wichtiger als der Besuch von Museen, wo sich ihnen im abgeblästen Schimmer vorhitlerischen deutschen Schaffens der kunstbegnadete Adel des Marschrittes der braunen Bataillone entzieht. Harald.

Erkenntnis der ökonomischen Notwendigkeiten uns veranlaßt, im Interesse des Proletariats selbst auf die Idee der Konfiskation als ökonomische Maßregel zu verzichten, um den Uebergang zum Sozialismus so reibungslos und schmerzlos als möglich zu gestalten.

### Deutschland ist Rockefeller

Im Jahre 1844 schrieb Ferdinand Freiligrath, der sich eben zu der Ansicht durchgerungen hatte, daß der Dichter an den politischen Kämpfen des Vormärz teilnehmen müsse, sein Gedicht: »Deutschland ist Hamlet«. Er verglich sein Vaterland mit dem Zauderer des Shakespeareschen Dramas, dem »zur frischen, mut'gen Tat die frische mut'ge Seele« fehle. Aber alle geschichtlichen Parallelen, die sich die poetische Freiheit erlaubt, sind zeitbedingt. 90 Jahre später wäre zur Kennzeichnung des Dritten Reiches und seines Führers der Hinweis auf Banquos Geist vor Macbeth eher am Platze.

Zum Glück befreit uns die braune Presse aus dem Dilemma. Wir lesen dort einen Hymnus auf den jetzt 97 Jahre alten amerikani-

sehen Petroleumkönig Rockefeller, der wegen seiner Hochbetagtheit auf ärztlichen Befehl vor allen Aufregungen politischer Natur bewahrt wird. Man habe ihm daher eine »Nachrichten-Diät« verschrieben, die in der Praxis so aussieht:

»Er wird daher täglich eine Sonderausgabe der New York Times in einem Exemplar für Rockefeller gedruckt, er ist also der einzige Mann in Amerika, dem diese Diät zugute kommt. Der Inhalt unterscheidet sich von dem großen Blatt vollständig. In der New-York-Times-Ausgabe Rockefeller steht nichts von dem feindlichen Gebaren der Welt, nichts von Krisen und Verbrechen. Dagegen berichtet die Zeitung, daß die Arbeitslosigkeit fast völlig verschwunden sei, daß überall Wohlstand und Freiheit herrscht und daß auf Erien paradisiache Zustände überhand genommen haben.«

Warum versagt sich die Nazi-Presse den Hinweis, daß das Dritte Reich eine derartige Nachrichten-Diät längst für alle Lebensalter besitzt? Freilich ist die Kur für den deutschen Zeitungsleser etwas abwechslungsreicher. Soweit es sich um das Ausland handelt, werden ihm kräftige Gänsehäute verschrieben; er muß wissen, daß dort Krach, Krise,

Mord und Totschlag dauernd Angst und Schrecken verbreiten. Zur Entschädigung dafür erfahren die 65 Millionen deutschen Rockefeller täglich aus ihrer Presse, daß ihr eigenes Land das paradisiache Elysum unserer Zeit ist.

### Für Treue im Zuchthaus

Bayrische Zeitungen melden: Der 63jährige verwitwete Johann Georg Rauch von Nürnberg unterhielt, obwohl Angehöriger deutschen Blutes, seit dem Jahre 1931 ein Verhältnis mit der 48 Jahre alten geschiedenen Jüdin Luise Gloth und setzte den Verkehr auch noch nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze bis März 1936 fort. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts wurde der Angeklagte von der Großen Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Verbrechen der Rassenschande nach § 2 und § 5, Absatz 2 des Blutschutzgesetzes vom 15. September 1935 zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Hiervon gelangen sechs Wochen Untersuchungshaft in Abrechnung. Haftfortdauer wurde angeordnet.

### Vom Regen in die Traufe

Da der deutsche Dichter und Nobelpreisträger Paul Heyse mütterlicherseits von Juden abstammte, wurde die Paul-Heyse-Straße in Frankfurt a. M. in »Chamisso-Straße« umgetauft. Hoffentlich kommen die Anwohner der betroffenen Straße nicht auf die Idee, sich nunmehr mit dem neuen Namensgeber Adelbert von Chamisso näher zu befassen. Sie würden nicht nur entdecken, daß er ein »Franzosenstämmling«, ein Weischer, war, der bis zuletzt sein Vaterland nie verleugnete, sie würden in seinen Werken auch Verse wie die folgenden finden:

»Füllt die Becher bis zum Rand,  
Tut, ihr Freunde, mir Bescheid:  
Das befreite Vaterland,  
und die gute goldne Zeit!  
Denn der Bürger denkt und glaubt,  
Spricht und schreibt nun alles frei,  
Was die hohe Polizei  
Erst geprüft hat und erlaubt.«

(1822.)

oder:  
»Ihr wollt zurück uns führen zu den Tagen  
Charakterloser Minderjährigkeit?  
Ihr hängt umsonst an der Vergangenheit,  
Ihr werdet nicht die Zukunft unterschlagen.

Es ist ein eitel, ein vergeblich Wagen,  
zu greifen ins bewegte Rad der Zeit;  
der Morgen graut, verschleucht die Dunkelheit,  
und leuchtend stürzt hervor der Sonnenwagen...«

oder:  
»Die öffentliche Meinung schreit und klagt:  
Ihr habt von mir erborget eure Kraft;  
Durch mich geschah, was Großes ihr geschaff,  
Durch mich gelang, was siegreich ihr gewagt.

Und nun ich euch erhöht, wollt ihr als Magd  
Mich züchtigen mit Ruten und mit Haft ...  
Ihr Seifenblasen, die mein Hauch geschwollen,  
Und flücht'gen Schimmers meine Huld gehoben,  
Ihr eitlen Seifenblasen — seid gewesen!«

Man sieht: die Frankfurter tun besser daran, den von ihrer Stadt Geehrten nicht laut zu zitieren, sie könnten sonst leicht und ohne Umwege von der Chamisso-Straße ins Konzentrationslager geraten.

### Wachsende Verflachung

»Die nationalsozialistische Revolution ist auch auf dem Gebiete der Kunst absolut siegreich gewesen.«  
Staatsminister Adolf Wagner.

Die braune Kunstöknie wird ab und zu selbst den Völkischen zu dumm. In der Zeitschrift »Die Sonne« zürnt ein Enttäuschter:

»Die Verflachung im Geistigen und Künstlerischen und in dem, was dem Volke zu seiner Unterhaltung dargeboten wird, kennt hier beinahe keine Grenzen.«

Es fehle die wirklich deutsche Unterhaltung, die deutsche Kunst:

»Ist die Genießbarkeit dessen, was in Dingen der weiteren Ausgestaltung des volkhaften Lebens öffentlich geboten wird, im Ganzen gesehen für den völkischen Deutschen recht gering, so darf darüber hinaus von Vielem ruhig gesagt werden: es ist ziemlich genau das, was wir als Nationalsozialisten viele Jahre lang als vom Juden kommend oder als allgemein volkwidrig und minderwertig bekämpft haben.«

Immerhin gab es damals, außer der seichten Unterhaltungsware, eine freie Kunst, die Gesellschaftsbilder kritisch entrollte, die

Menschen, Umwelt und Schicksale im Lichte der Wahrheit zeigte. Das aber ist vorbei, darum die grauenhafte Verflachung.

Die »Filmwoche« bringt ein Gespräch, in welchem die Filmdiva Charlotte Susa über die Stoffarmut im Film meckert und sagt:

»Warum man bei uns in Deutschland keine psychologischen Stoffe verfilmt? Immer wieder nur Abenteuer oder Historie oder Rußland oder Schwänke? Und wenn man in den letzten Monaten ein Exposé vorgelegt bekam, dann enthielt es meist ein Minimum an Handlung...«

Es ist doch undenkbar, daß es in unserem heutigen Leben keine problematischen und psychologischen Stoffe geben sollte, die sich zur Verfilmung eignen...«

Die gibt es sogar in Hülle und Fülle, alles im Dritten Reich ist problematisch, weil alles auf die Lüge gestellt ist. In die seelischen Untiefen dieser deutschen Menschen von heute zu leuchten, heißt diese Lügen zu enthüllen. Darum ist Problemdeutung im Dritten Reich verboten; sie ist als »Asphaltkunst« abgestempelt und »nicht aufbauend«, sondern für einen Gangsterstaat zerstörend.

Infolge dieser wachsenden Oednis stürzt sich das deutsche Publikum mit Heißhunger auf alles, was dem braunen Gesinnungskitsch abgewandt ist und irgendwie ein anderes Gesicht des Lebens zeigt. In den Berliner Kinos läuft der Film »Broadway Melodie«, ein amerikanischer Revuefilm mit artfremder, verniggerter Jazzmusik, mit un-deutschen Girls und dito Girltänzen, mit Helden, die dem braunen Feldwebel geradezu ins Gesicht speien. Man kann so etwas nicht so ohne weiteres verbieten, sonst boykottiert USA

deutsche Filme — und Geschäft ist Geschäft, man braucht Devisen, nicht wahr?

Dieser artfremde »vorjudete« Film, von schamlosen Asphaltliteraten verfaßt und gedreht, läuft in Berlin bereits über ein Vierteljahr, die Lichtspielhäuser sind ausverkauft, das Ende der riesenhaften Erfolgsserie ist noch nicht abzusehen. Egestert drängen sich die Berliner zur Kasse und bald folgt der Siegeszug in anderen Städten.

So reagiert ein Publikum, das seit drei Jahren von braunen Kunstfeldwebeln malträtiert wird. Der Siegeszug dieser Jazz- und Girlrevue bedeutet eine Oppositionswelle und eine Niederlage, wie sie das braune Regime bisher auf dem Gebiete der Museen so offen und massig noch nicht erlebt hat.

### Beinahe empört

In Dortmund sind in den letzten Tagen viele Volksgenossen mit Recht beinahe empört gewesen, wenn sie von einem Jungen oder Mädels wieder einmal mit dem freundlichsten Gesicht von der Welt angehalten wurden. Denn unzählige Male hatte man ihnen schon das Abzeichen zum Deutschen Jugendtag 1936 angeboten.

Da es bei diesem übermäßigen Eifer zu Unannehmlichkeiten kommen mußte, stellt der Leiter der Kreisgeschäftsstelle des Jugendfestes hiermit fest, daß der Verkauf des Abzeichens auf der Straße, in Gaststätten usw. verboten ist...

An alle Dortmunder ergeht aber noch einmal der Appell der Jugend, dieses vom Reichserziehungsminister vorgeschriebene Abzeichen zu erwerben.

(Weestfälische Landeszeitung Nr. 158.)

# Raubritter der Wirtschaft

## Treuepflicht — Nichtssagende Betriebs- und Tarifordnungen

Die deutsche Arbeiterschaft horcht auf. In Frankreich hat der politische Kurswechsel volle Gewerkschaftsfreiheit, die gesetzliche Vierzigstundenwoche, das Recht auf Urlaub und eine konstitutionelle Betriebsvertretung gebracht. Eine gewaltige gewerkschaftliche Kraftentfaltung der französischen Arbeiterschaft hat schlagartig das gesamte Lohnniveau wesentlich gehoben, wobei das aktive Eingreifen der Regierung Blum nicht zuletzt zum Erfolg der Massenbewegung beitragen konnte. Der politische Lohn, von dem in Frankreich gesprochen werden kann, ruft in der deutschen Arbeiterschaft Erinnerungen wach. Der Vergleich zwischen den sozialen Ausstrahlungen der demokratischen Republik und dem Sklaventum im Dritten Reich drängt sich dem Beobachter der französischen Entwicklung auf und es ist verständlich, wenn die »Arbeitsrichter« des Hitlerregimes wieder einmal nervös zu werden beginnen.

Das »Recht der Arbeit« verhöhnt den früheren Arbeitsvertrag als eine Illusion der »Waffengleichheit«. Der Verfasser, Prof. Siebert, Kiel, vergißt hinzuzufügen, daß die wirtschaftliche Ungleichheit im früheren Deutschland durch die kollektive Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter weitgehend ausgeglichen werden konnte, während heute die Atomisierung der Arbeiterklasse alleiniger Zweck und Inhalt des »nationalsozialistischen Arbeitsrechts« geworden ist. Siebert sieht im kollektiven Arbeitsrecht ein Arbeitskämpferecht und eine Tarifdiktatur, die im Recht auf Streik, Boykott, Aussperrung usw. ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden hätten. Diesem »Chaos« von früher stellen die Nazis als einziges Äquivalent die Treuepflicht gegenüber. Seicht und leer wird dem großen französischen Arbeitskämpf um Freiheit und Recht, um Arbeit und Brot die Phrase von »Gemeinschaft, Persönlichkeit, Ehre und Arbeit« entgegengehalten.

Die Einzelberichte der Deutschen Arbeits-Korrespondenz lassen aber erkennen, daß selbst die getreuen Nazis in den Betrieben beim besten Willen in der Treuepflicht des Arbeitsverhältnisses alles andere, nur keine »Waffengleichheit« oder »Gemeinschaft« zu entdecken vermögen.

### Redensarten in den Betriebsordnungen

Der Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter für Banken und Versicherungen stimmt ein Klageglied darüber an, daß die Betriebsordnungen lediglich »nichtssagende Redensarten« enthalten. Die Bestimmungen und Verbote hätten »in einer nationalsozialistischen Betriebsordnung nichts zu suchen«.

»Es kann auf Selbstverständlichkeiten verzichtet werden, wie z. B. das Benehmen im Betriebe, Sauberhaltung des Arbeitsplatzes und ähnliches mehr«.

So beginnen bereits die Reichsbetriebsgemeinschaften den Schwindel von der »Schönheit der Arbeit« zu entlarven und die Betriebsführer werden aufgefordert, die bisherigen Betriebsordnungen zu überprüfen. Wer den Ersatz des Arbeitsrechts durch die Treuepflicht feiert, sollte sich freilich über die Folgen dieser höchst einseitigen Treuepflicht nicht mehr wundern.

### Sabotage der Tarifordnungen

Wir lesen weiter: »Gebt dem Landarbeiter sein Recht« und erfahren, daß die Seßhaftmachung der Landarbeiter durch gesunde Wohnverhältnisse an der Nichteinhaltung der entsprechenden Bestimmungen in den Tarifordnungen gescheitert ist.

»Trotz der inzwischen getroffenen Maßnahmen (Zuschüsse und Kredite bei der Erstellung von Landarbeiterwohnungen) sind die Wohnungsverhältnisse in sehr vielen Fällen außerordentlich beklagenswert... Der Treuhänder mußte auf seinen Besichtigungsreisen leider feststellen, daß die Führer der landwirtschaftlichen Betriebe sehr oft mit den Bestimmungen der Tarifordnungen gar nicht vertraut sind.«

Die Bestimmungen, wonach die Wohnungen den Anforderungen an sittlicher und gesundheitlicher Beziehung genügen müssen, seien unerfüllt geblieben. Der Verfasser glaubt, daß sein Hinweis genügen wird, die Innehaltung der Tarifordnungen zu erreichen. Wir glauben es nicht und wir dürfen die Herren Treuhänder darauf verweisen, daß sie selbst mit dazu beitragen, daß in den letzten Monaten dank ihrer Mithilfe eine Reihe von Tarifordnungen überhaupt aufgehoben worden sind. Da keinerlei Ersatz geschaffen wurde, sind diese Arbeitergruppen völlig schutzlos der Willkür ihrer Betriebsführer ausgeliefert.

### Betrogene Privatangestellte

Die »Deutsche Justiz« befaßt sich mit den himmelschreienden Zuständen, wie sie für die Geschäftsreisenden und Vertreter im Zeichen der neudeutschen Treuepflicht bestehen. Die Fachgruppe Vermittlergewerbe spricht von »Raubrittern der Wirtschaft«, die auf gleicher Stufe mit berufsmäßigen Verbrechern ständen. Vor wenigen Wochen hatte diese Fachgruppe verkündet, daß dem Elend der Provisionsvertreter durch einen nationalsozialistischen Normaldienstvertrag ein Halt geboten werden soll. Heute muß berichtet werden:

»Da suchte eine Firma E. B. chemisch-kosmetische Erzeugnisse in U. durch Insekt-Vertreter, die eine Sicherheit von 200 bis 300 RM stellen müssen. Als sich u. a. ein Malergeselle aus X gemeldet hatte, erhielt er ein »Heilmittel« für alle möglichen Krankheiten und die Anweisung, sich »Mitteldieners«, d. h. Verkäufer, zu suchen. Der Malergehilfe wurde um 200 Mark geschädigt, weil die Firma nur ihre Erzeugnisse

loswerden wollte. In einem anderen Falle handelt es sich um Daueranzünder der Firma N in X. Sie versprach durch Angebot in der Zeitung einen Monatsverdienst von 120 RM. Bei der Uebnahme einer Vertriebsstelle mußte ebenfalls ein Barkapital zur Verfügung gestellt werden. Eine Sozialrentnerin im Alter von 66 Jahren wurde um den gesamten Rechnungsbetrag von 160 RM für die gelieferten 100 Daueranzünder geschädigt. Fast täglich wiederholen sich diese Methoden, die viele tausend Volksgenossen ins Unglück stürzen...«

So jammert die Fachgruppe spaltenlang weiter über die »unklaren Rechtsverhältnisse« der Provisionsangestellten und spricht die Hoffnung aus, es müsse gelingen,

»die Ausbeuter der Volksgemeinschaft unter den Betrieben zu beseitigen.«

Es liegt aber im Wesen der Treuepflicht, daß die Volksgemeinschaft zur Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung bestehen bleiben muß!

### Illustrationen zur Volksgemeinschaft

Die sogenannte Reichsbetriebsgemeinschaft Handwerk gibt eine Aufstellung bekannt, die Material über die soziale Lage des deutschen Handwerks enthält. Diese Aufstellung ist das Ergebnis von Betriebsbesichtigungen, die die Reichsbetriebsgemeinschaft vorgenommen hat. Sie beziehen sich aber nur auf 16.573 Betriebe. Da es nach der Zählung vom Juni 1933 allein in Industrie und Handel 1.731.000 Betriebe mit einer bis fünf beschäftigten Personen gab, so hat die Besichtigung durch die Amtswalter noch

nicht einmal 1 Prozent der Handwerksbetriebe erfaßt.

Es ist sicher, daß die Amtswalter bei ihrer Besichtigung jene Betriebe bevorzugt haben, von denen sie annehmen konnten, daß sie ihnen eine günstige Beantwortung der auf den Fragebogen enthaltenen Fragen ermöglichen. Vor allem, soweit diese Fragen sich auf die soziale Lage der in den Handwerksbetrieben beschäftigten Arbeiterschaft beziehen.

Dennoch sind die Angaben recht aufschlußreich. Wird doch z. B. in der Rubrik »Einhaltung der Tarifordnungen« berichtet, daß nur in 3 Prozent der 16.573 Betriebe ein über-tariflicher Lohn bezahlt, der Tariflohn aber in 23 Prozent nicht einge-

## Verlagsanstalt »GRAPHIA« Karlsbad

Drei neue Bücher:

FRIEDRICH STAMPFER  
DIE 14 JAHRE  
DER ERSTEN DEUTSCHEN REPUBLIK

640 Seiten, Großformat. Für die CSR kartoniert: Kf 80.—, Leinen: Kf 105.—, Holland: hfl. 5.50 (7.—), Schweiz: Fr. 11.25 (14.80), USA \$ 3.65 (4.50) und für andere Länder in entsprechender Umrechnung.

Friedrich Stampfer war als Chefredakteur des Berliner »Vorwärts« (1916 bis 1933), als Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Sozialdemokratischen Parteivorstandes an allen Kämpfen beteiligt, die die erste Deutsche Republik, von ihrer Entstehung bis zu ihrem Sturz nach innen und nach außen zu führen hatte. Sein inhaltsreiches Buch ist erlebte Geschichte. Keines der zur Rechtfertigung geschriebenen Memoirenwerke, sondern ein gewissenhafter Tatsachenbericht, der ausführlichste und tiefgehendste, über die in jeder Hitlerrede geschmähten und doch so bedeutungsvollen »VIERZEHN JAHRE«. In einem kurzen Vorwort bekennt sich Stampfer zur vollen Mitverantwortung gegenüber allen Vorwürfen, die von Freund und Feind gegen die sogenannten »Schuldigen« am Fall der Deutschen Republik erhoben werden. Im übrigen drängt er dem Leser seine Meinung nicht auf. Er liefert ihm die Grundlagen zur Bildung eines eigenen Urteils. Ein ausführliches Personen- und Sachregister erhöhen seinen Wert als unentbehrliches Hand- und Nachschlagewerk der Deutschen Geschichte bis 1933.

ALEXANDER STEIN:  
ADOLF HITLER  
SCHULER DER »WEISEN VON ZION«

120 Seiten, Broschiert für die CSR: Kf 18.—, Holland: hfl. 1.20, Schweiz: Fr. 2.50, USA: \$ —.80.

Das Thema dieser Schrift ist nicht etwa künstlich konstruiert. Durch Gegenüberstellung der wichtigsten programmatischen Erklärungen Hitlers und Rosenbergs mit den politischen Rezepten in den legendären »Protokollen der Weisen von Zion« wird tatsächlich der Beweis erbracht, daß diese mit Theorie und Praxis des Nationalsozialismus übereinstimmen und durchgeführt werden. Die erste quellenkritische Untersuchung, die das Weltbild Hitlers, die Methoden seiner Politik und die Ursachen seines Erfolges aufdeckt und erkennen läßt, was von ihm und dem Nationalsozialismus an Ueberraschungen noch zu erwarten ist.

GREGOR BIENSTOCK:  
EUROPA UND DIE WELTPOLITIK  
DIE ZONEN DER KRIEGSGEFAHR

84 Seiten, mit vier Kartenskizzen. Für die CSR brosch. Kf 15.—, Holland: hfl. 1.—, Schweiz: Fr. 2.10, USA: \$ —.70.

Gregor Bienstock entwickelt hier unter Heranziehung eines umfassenden Materials sehr klar und übersichtlich die Kernprobleme der heutigen Weltpolitik. Jedermann, der Anteil nimmt an dem Weltgeschehen, das heute oder morgen sein eigenes Schicksal werden kann, braucht einen Führer durch das Labyrinth der Außenpolitik: Hier findet er ihn.

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG

haften wird. Im Holzhandwerk wurden sogar 33 Prozent der gezählten Betriebe ermittelt, die die Tarifordnungen nicht einhalten und ihre Arbeiter niedriger als vorgeschrieben entlohnen. Die Beschaffenheit der Unterkunftsrisse wurde bei 73 Prozent für gut, bei 27 Prozent als »ausreichend« und »nicht ausreichend« festgestellt. In allen Handwerkszweigen zusammen ergab sich, daß 27 Prozent der gezählten Betriebe eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden in der Woche hatten. Im Nahrungsmittelhandwerk waren es 40 Prozent, und im Reinigungs- und Bekleidungs-gewerbe gar 45 Prozent der Betriebe mit mehr als 48stündiger Arbeitszeit.

Würden die Besichtigungen nicht nur ein glattes Prozent, sondern nahezu die Gesamtheit der Handwerksbetriebe erfaßt haben, so würde die Aufstellung noch viel ungünstigere Ergebnisse berichten müssen. Aber auch in dieser ganz unvollständigen Form lehrt sie, daß die Mehrheit der mehr als 3 Millionen in den Handwerksbetrieben beschäftigten deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen im Zeichen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu untertariflichen Löhnen und bei überlanger Arbeitszeit arbeiten muß, daß ihre soziale Lage eben ganz und gar der unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem Ausgebeuteten entspricht.

Und das findet das Regime und seine Organe durchaus in Ordnung. Denn die Frage nach der »Durchsetzung des Gedankens der Betriebsgemeinschaft« wurde trotz dieser ungünstigen sozialen Feststellungen nur in elf Prozent der Fälle als »nicht ausreichend« erklärt.

### Die Urgestalt

In einem Homer gewidmeten Aufsatz schreibt ein gewisser Bernhard Knaus in der DAZ:

»So gab Homer den Griechen ein Menschenbild, das als Vorbild und Ansporn wirkend blieb durch die Zeiten hin. Aber über seine Zeit und sein Volk hinaus schenkte er uns ein Bild des Menschseins, das immer bewundernswert bleibt, weil es Fülle und Maß, Leidenschaft und Beherrschung in sich vereint, weil es erdenhaft ist und doch mit dem Auge des Ewigen gesehen ist. Es ist eine Form des Menschseins, die über die Vergänglichkeit alles Gestalteten hinweg an die Urgestalt des Menschen zu rühren scheint — und deshalb immer wieder zu einem Prüfstein des Menschlichen zu werden vermag.«

Den Begriff »Mensch« gibt es vor Recht und Gesetz nach Karl Schmidt in der braunen Volksgemeinschaft nicht mehr. Es handelt sich also bei Knaus um einen Rückfall in veraltete humanitäre Sentimentalität. Die Berufung auf den nicht rassereinen Homer, der zu seiner Zeit den Pege als einzig möglichen Typ der »Urgestalt« nicht vorauszuahnen vermochte, kann keineswegs strafmildernd wirken.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kf 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kf 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kf 2.— (Kf 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Güld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.